Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug halbmtl. GM. 1.10. Postbez monatl. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 15 Gpfg., Sonnabends 25 Gpfg. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4; Zweigstelle Gotthardtstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gew. (Streik usw.) besteht k. Anspr. a. Lieferung od. Rückvergütung.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 22 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Fiamilienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 45 Freitag, den 22. Februar 1924 **164. Jahrgang**

Ein zwei- bis dreijähriges Moratorium?

Das gesamte Reichseisenbahnnetz als Anleihegarantie.

Paris, 22. Februar. Eines der Sachverständigenmitglieder hat dem diplomatischen Mitarbeiter des „Intransigeant" gestern eine Reihe beachtenswerter Angaben über den Schlußbericht des Komitees gemacht:

1. Zu der Frage des Moratoriums bemerkte der Sachverständige, daß es auf zwei bis drei Jahren bemessen werde. Ein endgültiger Beschluß über die Dauer desselben sei noch nicht gefaßt. Die internationale Gesellschaft, der die Ausbeutung des deutschen Eisenbahnmonopols übertragen werde, könne nach Ansicht der Sachverständigen sofort ein Kapital im Auslande aufnehmen, das vor Ablauf des Moratoriums an die Verbündeten, insbesondere Frankreich und Belgien, zur Auszahlung gelangen würde.

2. **Eisenbahnen:** Die beiden hierfür zuständigen Sachverständigen haben gestern ihren Bericht in dieser Frage eingereicht. Er enthält, wie der „Intransigeant" behauptet, die Schlußfolgerung, daß

das gesamte deutsche Eisenbahnnetz unter Einbeziehung der Eisenbahnen im Ruhr- und Rheingebiet als Garantie

für eine internationale Anleihe verwendet werden müßte. Da Frankreich und Belgien mit der Zurückziehung der Eisenbahnregie aus dem besetzten Gebiet einverstanden seien, müsse dies als ein offenkundiger Beweis ihren guten Willens angesehen werden. Die beiden Länder können daher dem Reiche nahelegen, sich durch rechtzeitige Verlängerung der am 15. April fälligen Industrieverträge erkenntlich zu zeigen.

3. **Monopol- und Anleihefragen:** Nur für den Fall, daß die Eisenbahnmonopole nicht erträglich genug sein sollten, würde man, wie der Gewährsmann des „Intransigeant" versicherte, zu anderen Monopolen wie Tabak, Zucker usw. seine Zuflucht nehmen. **Deutschland müsse seinen außerordentlichen Staatshaushalt, so fügte der Sachverständige hinzu, aus eigenen Mitteln ausgleichen und die dementsprechenden Steuermaßnahmen ergreifen.**

Einige Mitglieder der beiden Ausschüsse schlugen daher vor, Deutschland zur schnellen Herstellung seiner Finanzlage alle oder einen Teil seiner Kolonien zurückzugeben. In Paris und Brüssel werden diese Anregungen jedenfalls auf günstigen (??) Boden fallen.

4. **Ruhrbesetzung:** Die Sachverständigen verlangen die **Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des Reiches.**

5. **Deutsche Auslandsguthaben:** Die Mitglieder der beiden Kommissionen sind zu dem Schluß gekommen, daß diese Guthaben von selbst nach Deutschland zurückkehren würden, falls die Berliner Regierung ihren Eigentümern unter günstigen Bedingungen die Teilnahme an einer inneren Anleihe im Reiche vorschlage.

6. Die Goldnotenbank: Die Goldnotenbank wird mit einem Kapital von 300 Millionen Goldmark gegründet, das zur Hälfte die Verbündeten und Neutralen aufbringen und zur anderen Hälfte den deutschen Auslandsguthaben entnommen wird. Die Leitung dieser Bank übernimmt ein Neutraler (!). Dem Aufsichtsrat werden neben den Verbündeten und Neutralen auch Deutsche (!!) angehören.

Rückgabe der deutschen Kolonien?

Die Rückgabe der Kolonien an Deutschland, die uns durch den Versailler Schand-Vertrag geraubt worden sind, sollte für jeden Staatsmann selbstverständlich sein, der von Deutschland Reparationsleistungen verlangt. Denn Leistungen ohne die Rohstoffquellen der Kolonien sind vernünftigerweise kaum möglich. Da wir aber auf der Seite unserer amtlichen Versailler Vertragsgegner bis jetzt von Regungen der Vernunft nur herzlich wenig bemerken konnten, so halten wir diese Aeußerung des betreffenden Sachverständigen vorerst nur für eine „Privatmeinung" und warnen davor, ihr irgendwelches Gewicht beizumessen, solange sie noch nicht zum Beschluß der Reparationskommission erhoben worden sind.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Die Spezialisten für die Monopolfrage ernannt

Paris, 21. Februar. Das erste Sachverständigenkomitee hat heute unter dem Vorsitz des Generals Dawes eine Sitzung abgehalten, in der eine der Unterkommissionen einen mündlichen Bericht über die Ausgleichung der Reichseinnahmen und Ausgaben erstattete. Weiter wurde über den Betrag verhandelt, den Deutschland zu den Reparationen zu zahlen haben wird. Das erste Sachverständigenkomitee hat im weiteren Verlauf seiner Sitzung die vier Spezialisten ernannt, denen die Frage der deutschen Monopole zur Behandlung überwiesen wird. Es handelt sich um die nachstehenden Persönlichkeiten: Hultin, Meyer (Frankreich) Mazzucchelli, Aliprandi (Italien). Die Aufgabe dieser Spezialisten besteht darin, über die Voraussetzungen zur Einführung von Monopolen in Deutschland und die damit verbundenen Vor- und Nachteile und ihren voraussichtlichen Ertrag einen ausführlichen Bericht anzufertigen.

Pariser Zustimmung zu den Schlußfolgerungen der Sachverständigen.

Paris, 21. Februar. Trotz aller Zurückhaltung, die sich offizielle Persönlichkeiten in der Beurteilung der Sachverständigenarbeiten auferlegen, gilt es in unterrichteten Kreisen als abgemacht, daß die Pariser Regierung die französischen Mitglieder der beiden Sachverständigenausschüsse ermächtigt hat, den Schlußfolgerungen auf jeden Fall zuzustimmen. Die voraussichtlichen Meldungen, in denen ein Teil der Presse bereits diese Stellungnahme der Regierung bezeichnet, entspringen offensichtlich dem Bestreben, das französische Publikum allmählich auf eine so unerhörte Maßnahme, wie den wirtschaftlichen Rückzug vom besetzten Gebiet vorzubereiten.

*

Die Franzosen sabotieren die Wiederherstellung der Ordnung.

Köln, 21. Februar. Die „Köln. Volksztg." berichtet aus Pirmasens: Infolge der Verhaftung der deutschen Beamten in Pirmasens durch die französische Kriminalpolizei war es noch nicht möglich, die Stadtverwaltung wieder in Gang zu setzen. Durch die Verhaftung des Rechtsrates der Stadt Pirmasens, der von den Franzosen wegen der bekannten Vorgänge in Pirmasens festgenommen wurde, obwohl er bei der Erstürmung des Bezirksamtsgebäudes gar nicht in Pirmasens war, hat die Stadtverwaltung ihren letzten rechtskundigen Beamten verloren. Bei den Repressalien wirken die Separatisten mit, die den französischen Gendarmen und Kriminalpolizisten diejenigen Personen bezeichnen, die verhaftet werden sollen. Bei der pfälzischen Bevölkerung greift immer mehr die Befürchtung um sich, daß durch diese Vorgänge die loyale Durchführung der Vereinbarungen unmöglich gemacht wird, und daß die Zustände in der Pfalz immer mehr Aehnlichkeit mit denen bekommen werden, wie sie zur Zeit der Separatistengewaltherrschaft waren.

Französische „Verständigung".

Während im allgemeinen bei den interalliierten Mächten ein gewisses Verständnis für das deutsche Finanzelend rege wird, fährt die französische Besatzung im Rheinland unentwegt fort, neue kostspielige, die deutschen Sanierungsabsichten durchkreuzende Forderungen zu stellen. So hat sie neuerdings wiederum eine auf mehr als **600 000 Goldmark** lautende Forderung zum **Bau einer Kaserne für schwere Artillerie in Bonn gefordert,** obwohl die angenblickliche Unterkunft der in Frage kommenden Artillerietruppe noch als durchaus genügend angesehen werden muß. Die Anforderungen gehen über die durch das Rheinlandabkommen übernommenen Pflichten hinaus, da die deutsche Regierung nach demselben nur gehalten ist, die vorhandenen militärischen Gebäude im erforderlichen Umfange zur Verfügung zu stellen und der Kasernenbau, wie aus Vorstehendem erhellt, nicht notwendig ist. — Des Weiteren verlangen die Franzosen **in Bonn den Bau einer Kaserne für eine Telegraphenkompagnie, andernfalls werde für deren Unterbringung die Universität beschlagnahmt!**

Neues Stickstoffabkommen.

Paris, 21. Februar. Die Badischen Anilinwerke haben nach einer Havasmeldung aus Koblenz das mit der Interalliierten Rheinlandkommission seinerzeit getroffene Abkommen um die Dauer von drei Monaten verlängert. Die Werke verpflichten sich während dieses Zeitraumes 3600 Tonnen Stickstoffdünger auf die Reparationen zu liefern: 600 Tonnen entfallen auf Belgien. Die Rheinlandkommission hat sich im Austausch dafür entschlossen, die Ausfuhr von Stickstoffdünger nach dem unbesetzten Gebiete während desselben Zeitraumes mit einer Abgabe von nur einem Prozent zu belegen.

Die Forderungen der Arbeitgeber im Ruhrbergbau.

Essen, 22. Februar. In Ergänzung der Meldungen über die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern im Ruhrbergbau über verschiedene noch nicht geregelte Fragen, wird weiter mitgeteilt, daß ein Wegfall des Haushaltungsgeldes beabsichtigt sei, da sich im allgemeinen die Lebenshaltung eines Junggesellen gegenüber der eines Ehepaares nicht wesentlich höher stellt. Die sozialen Löhne sollen in derselben Höhe gewährt werden, wie bei der Eisenindustrie. Hierfür soll indes eine Erhöhung des Kindergeldes erfolgen, sodaß der Industrie in Wirklichkeit eine höhere Belastung nicht erwächst. Das Kindergeld soll auf 20 Pfennig erhöht werden. Ferner wird ein Abbau der zentralen Lohnverhandlungen gefordert bei der zentralen Festsetzungen der Kohlenpreise, die ihre Berechtigung gehabt haben.

*

Verschleppung der Reichstagswahlen.

Berlin, 22. Februar. Die „Kreuz-Ztg." veröffentlicht heute früh einen Artikel „Ein Komplott gegen das Volk. **Dr. Stresemann für Verschleppung der Reichstagswahlen bis zum** Dezember 1924." In dem Artikel wird ausgeführt, Stresemann habe wegen der Mecklenburger Wahlniederlage der DVP. Vorwürfe aus seiner Partei erhalten. Die Niederlage der Partei sei eine Folge der Stresemannschen Koalitionspolitik. Die Landwirte der DVP. seien bereits von Stresemann abgerückt. Stresemann habe nun angeregt, die Partei (!!) durch eine Befestigung der Koalition zu retten. Er habe bereits im Reichskabinett und mit Führern der Koalition gesprochen. Er glaube fest daran, (!!) bis zum Dezember außenpolitische Erfolge zu erzielen, die nicht nur für seine Partei, sondern auch für die geschätzten Demokraten und die befreundeten Sozialdemokraten nutzbar gemacht werden könnten.

Reichstagskrise.

Das Ergebnis der Wahlen in den Ländern hätte an sich schon die Reichsregierung veranlassen müssen, den Reichstag unverzüglich aufzulösen. Die Stimmung entspricht in keiner Weise mehr der politischen Stimmung der Bevölkerung. Es ist deshalb auch garnicht erforderlich, daß der Reichstag selbst erst der Regierung Schwierigkeiten macht, um seine Auflösung zu rechtfertigen. Nach der Weimarer Verfassung soll Deutschland eine parlamentarisch regierte Demokratie sein. Das setzt voraus, daß der Mehrheitswille der Bevölkerung auch in der Regierung zum Ausdruck kommt. Schon seit Jahr und Tag war zu erkennen, daß eine grundsätzliche Wandlung in der politischen Stimmung des deutschen Volkes eingetreten war. Nach dem Sturze der Regierung Stresemann hätte nach strengen demokratischen Regeln die Deutschnationale Volkspartei mit der Neubildung beauftragt werden müssen. Es ist bekannt, daß der Reichspräsident sich dem widersetzte, was er mit der ganzen demokratischen Auffassung begründete, daß die Deutschnationale Volkspartei im Reichstag eine regierungsfähige Mehrheit nicht hätte zusammenbringen können. Darum brauchte sich der Reichspräsident keine Sorgen zu machen. Die Verfassung gewährt ihm solche Vollmachten überhaupt nicht, sondern schreibt ihm ganz einfach vor, was er tun und lassen muß. In England ist Ramsay Macdonald mit der Regierungsbildung beauftragt worden, obschon die Arbeiterpartei nicht über die Mehrheit im Unterhause verfügt. Wenn der Reichspräsident von sich aus das wichtigste demokratische Grundrecht bei Seite schob, so geschah das zweifellos mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie. Die Dinge lagen im vorigen Herbst so, daß die VSPD. einen Wahlkampf sehr wahrscheinlich überhaupt nicht hätte führen können oder doch nur in sehr bescheidenen Grenzen. Sowohl die Parteikasse, als auch die Gewerkschaftskassen waren leer. Das war noch nicht alles: eine starke nationale Welle hatte das deutsche Volk erfaßt, so stark, daß jeder internationale marxistische Schwindel glatt weggeschwemmt worden wäre. Das erklärt zum Teil, warum die sozialistischen Mitglieder im Kabinett Stresemann für die Verhängung des Ausnahmezustandes stimmten. Sie nahmen ohne weiteres an, daß er dazu mißbraucht würde, um in Bayern im sozialistischen Sinne Ordnung zu schaffen. In Preußen hatte Severing die national-sozialistische Partei und andere nationale Gruppen und Verbände verboten. Alles auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik. Gegen diesen Ausnahmezustand hat die Sozialdemokratie nichts einzuwenden, da sie damit rechnet, daß er nur gegen rechts ausgeübt wird. Wenn es einigermaßen anginge, würde die Sozialdemokratie alle anderen Parteien verbieten, was tatsächlich in Thüringen nach der Verhängung des Ausnahmezustandes versucht worden ist. Indessen verliefen die Dinge nicht ganz so, wie die Sozialdemokratie vorausgesetzt hatte. Aus Bayern kam eine Antwort, die deutlich genug sagte, daß es sich mit dem sozialistischen Bügeleisen nicht schinden lassen würde. Die sozialistischen Mitglieder traten aus der Regierung aus, was dann zu jener Krise führte, die den Reichstag als überaltert zeigte. Trotzdem gelang es noch einmal eine Minderheitsregierung zu bilden, der die Sozialdemokratie Schonung zusicherte, sofern sie nicht von der Auflösung überrumpelt würde. Es scheint, daß die Sozialdemokratie inzwischen ihre leere Parteikasse wieder etwas aufgefüllt hat, wobei interessant wäre zu ermitteln, woher und aus welchen Ländern die Hauptbeträge stammen. Auffallend ist es, daß die sozialistische Presse neuerdings viel ausländische Meldungen bringt, die beweisen wollen, daß das Ausland die nationale Ermannung des deutschen Volkes mit Mißtrauen betrachte! Wohlgemerkt: in jedem anderen Lande dürfen die Wogen der nationalen Erhebung hoch gehen, nur in Deutschland nicht. Dabei haben wir doch seit November 1918 tagtäglich erfahren müssen, daß das demokratische Deutschland vom Auslande buchstäblich mit Fußtritten behandelt wurde. Gerade weil große Entscheidungen in der Außenpolitik bevorstehen, muß das deutsche Volk Gelegenheit erhalten, sich einen Reichstag und eine Regierung zu wählen, die nationale Belange nicht aus demokratischer Verrantheit und Beschränktheit preisgeben.

Ein offener Brief an Ebert.

Wie aus München gemeldet wird, veröffentlicht die „M.-N. Abendztg." einen Brief des Dr. Emil Ganzer in Sachen der zurückgezogenen Beleidigungsklage des Reichspräsidenten gegen Ganzer. Ganzer hatte bekanntlich gegen Ebert den Vorwurf erhoben, im Metallarbeiterstreik 1917 eine aktive Rolle gespielt zu haben. In dem jetzt veröffentlichten offenen Briefe nimmt Ganzer zu der Zurücknahme der Klage gegen ihn Stellung, indem er ausführt, daß er diese Beschuldigung in dem gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren bis zu dessen Ende aufrecht erhielt und **den Wahrheitsbeweis dafür antrat, dessen vollkommene und erfolgreiche Durchführung durch die Zurücknahme des Strafantrags vereitelt wurde.**

Die endgültige Mandatsverteilung im Mecklenburger Landtag

Das nunmehr festgestellte Gesamtergebnis der mecklenburgischen Wahlen ergibt für die Deutschnationalen 19 Sitze (bisher 18), die Völkischen 12 (0), die Deutsche Volkspartei 5 (12), Wirtschaftspartei 1 (2), Demokraten 2 (3), Sozialdemokraten 15 (28) und Kommunisten 9 (3) Sitze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240222-14/fragment/page=0001

Der neue Kurs in Thüringen.

Weimar, 21. Februar. Der Landtag trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen. Den Vorsitzenden stellt der Thüringische Landbund in der Person des Abg. Dr. Wernick. Es folgt die Wahl der neuen Regierung. An Stelle der bisherigen sechs Parteiminister sollen drei Geschäftsminister treten. Zu diesem Zweck wird das Wirtschaftsministerium mit dem Ministerium des Innern vereinigt werden. Der künftige Inhaber des Doppelministeriums wird der ehemalige meiningische Landrat a. D. Dr. Sattler aus Königsee sein. Das Finanzministerium wird Ministerialrat Dr. Stolze (Weimar) übernehmen und das Ministerium für Volksbildung Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Leutheuser. Als Staatsräte werden vorgeschlagen werden für Meiningen: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Fritze, für Weimar: Dr. Herfurth, für Sondershausen: Regierungsrat Dr. v. Kleuchtner und für Reuß: Landrat Port aus Klein-Reinsdorf.

Aus dem sächsischen Landtag.

Dresden, 21. Februar. Der Sächsische Landtag beschloß heute nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen die Regierung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen.

Der bayerische Landtag beschließt seine Auflösung

Neuwahlen am 6. April.

München, 21. Februar. Zu Beginn der heutigen Vollsitzung des Landtages wurde folgender Antrag sämtlicher Parteien einstimmig angenommen: 1. die Staatsregierung sei zu ersuchen, die Neuwahlen zum Landtag auf den 6. April festzusetzen; 2. der Landtag ist mit Wirkung ab 5. April 1924 aufgelöst; 3. die noch zu erledigenden Arbeiten sind in kürzester Frist abzuschließen.

Der Notetat 1924 vom Reichsrat genehmigt.

Berlin, 21. Februar. In der heutigen Vollsitzung des Reichsrates wurde der Gesetzentwurf über die Reichshaushaltsführung und Rechnungslegung für das Rechnungsjahr 1922/23 sowie der Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes für das Rechnungsjahr 1924 genehmigt. Nach Uebergang zur Rentenmark wurden die einzelnen Ressorts vom Finanzminister mit Goldmarkkrediten versehen, deren Verwendung innerhalb jedes Ressorts kontingentiert wird. Dieses Verfahren wird nachträglich legalisiert und ebenso für den Notetat des Jahres 1924 angewendet. Der Notetat sieht einen Betriebskredit von 300 Millionen und einen Anleihekredit von 500 Millionen Goldmark vor. Vom 1. April ab wird eine eigene Reichsschuldenverwaltung gebildet. Außerdem erhält der Notetat die Ermächtigung, den Botschafterposten in der Türkei wieder zu besetzen. In Smyrna und Dublin sollen zwei Generalkonsulate gebildet werden, in Smyrna für den Handelsverkehr an der kleinasiatischen Küste und in Dublin wegen der veränderten staatsrechtlichen Stellung Irlands. Zum Präsidenten des Reichsversicherungsamtes schlägt der Reichsrat den württembergischen Ministerialdirektor Schaeffer vor.

Gerichtliches Nachspiel zum Eisenbahnerstreik vom Februar 1922.

Verurteilung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner und ihrer Vorstandsmitglieder zur Ersetzung des Streikschadens.

Berlin, 22. Februar. Der Eisenbahnerstreik vom Februar 1922 hatte, wie erinnerlich, einen Schadenersatzprozeß im Gefolge, der zur Zeit die Berufungsinstanz vor dem Kammergericht beschäftigt. Der Tatbestand des Prozesses, dem auch weitgehende politische Bedeutung zukommt, ist kurz folgender: Kläger ist ein Kaufmann G., der sich Ende Januar 1922 geschäftlich in Berlin aufhielt. Durch den Streik wurde er an der Rückkehr nach seinem Heimatsorte gehindert. Er mußte in Berlin und Hannover in Hotels übernachten und es erwuchsen ihm daraus Unkosten im Gegenwert von 18,12 holländischen Gulden. Er machte nun die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter sowie ihre Vorstandsmitglieder Menne, Scharffschwerdt und Tänzer für diesen Schaden verantwortlich. Die Angelegenheit wurde am 8. November 1923 vor der 25. Zivilkammer des Landgerichts 2 Berlin verhandelt. Das Gericht wies den Einspruch der Beklagten zurück und verurteilte sie zum Ersatz des der Höhe nach unbestrittenen Streikschadens des Klägers von 18,12 holländischen Gulden und 4 Prozent Zinsen seit dem 13. April 1923 sowie zur Tragung der Prozeßkosten.

Noch keine Entscheidung über die Gütertarife.

Berlin, 22. Februar. Halbamtlich wird mitgeteilt: Der ständige Ausschuß des Eisenbahnrates hat seinem gestrigen Vorschlag auf Ermäßigung der Gütertarife den Vorbehalt gefügt, daß es der Reichsbahnverwaltung überlassen bleibt zu prüfen, ob und inwieweit der Antrag finanziell durchgeführt werden könne. Wie wir hören, hat der Reichsverkehrsminister von der Entschließung des Ausschusses Kenntnis genommen. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen worden. Eine derartige Tarifermäßigung, wie sie von dem Ausschuß gewünscht wurde, dürfte namentlich **hinsichtlich des Kohlentarifs, für den eine Herabsetzung von 25 Pfg. vorgeschlagen** wurde, bei der heutigen Finanzlage der Reichsbahn kaum in Frage kommen.

Erregung im Reichstag.

Entspannung oder Verschärfung durch Verhandlungen.

Im Reichstag haben gestern vormittag nur die Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokraten Beratungen abgehalten. Eine Behandlung der umfangreichen Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Notverordnungen, die die Reichsregierung unter dem Ermächtigungsgesetz erlassen hat, ist noch nicht erfolgt.

Die Anträge der Sozialdemokraten, die sich bei den sozialpolitischen Fragen im allgemeinen auf die Wiederherstellung des durch die Notverordnung beseitigten Zustandes in der Arbeitszeitfrage, in Versicherungsfragen und in Fragen der Arbeitslöhne erstrecken, und die in den juristischen Fragen den Wünschen anderer Parteien des Hauses entgegenkommen, stehen der Auffassung der mittleren bürgerlichen Parteien in der Frage der Verordnung des Beamtenabbaues und der Behandlung der dritten Steuernotverordnung direkt entgegen. Die Frage des Beamtenabbaues ist in den sozialdemokratischen Anträgen ungefähr so behandelt, wie es der Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung der Beamtenabbauverordnung darstellt. Das von den Sozialdemokraten gegen die dritte Steuernotverordnung eingebrachte Initiativgesetz stimmt zwar in seinen Einzelheiten nicht mit den von den Deutschnationalen in den Beratungen des Fünfzehnerausschusses vorgetragenen Absichten überein, gibt aber an mehreren Stellen die **Möglichkeit eines Zusammenstimmens der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten,** wodurch die Mitte sehr leicht in die Minderheit geraten kann und die Regierung wirklich ernsthaft vor die Frage der Auflösung des Reichstages gestellt werden kann.

Die Anträge der Sozialdemokraten haben im Reichstag, soweit sie bekannt wurden, Erregung hervorgerufen. Ein Teil der der Regierung besonders nahestehenden Abgeordneten glaubt, daß man die Schwierigkeiten durch Verhandlungen überwinden kann, während ein anderer Teil von solchen Verhandlungen nur noch eine Verschärfung der Meinungsverschiedenheiten befürchtet. Von entscheidender Bedeutung ist nunmehr die Stellungnahme der Reichsregierung in der für Montag erwarteten öffentlichen Erklärung.

Bei Beginn der gestrigen Reichstagssitzung ergriff sofort der Reichsminister für die besetzten Gebiete Hoesle das Wort, um die Interpellation der Abgg. Fehrenbach, Hofmann, Dr. Scholz, Hergt und Genossen über die Separatistenbewegung in der bayerischen Pfalz und über die dadurch geschaffenen Zustände zu beantworten.

Der Reichsminister rechtfertigte die Politik der Regierung. Die Abgeordneten, so führte er aus, die gestern gesprochen hätten, hätten ihm die Arbeit stark erleichtert und durchschlagendes Material gegen die Separatisten und ihre Machenschaften gebracht. Der Reichsminister hofft, daß der Separatismus nunmehr endgültig im Rheinlande erledigt sei.

*

Poincaré allein Schuld am Franksturz.

London, 21. Februar. Der „Manchester Guardian" schreibt in einem Leitartikel zum Sturz des französischen Franc: **Poincares Amtszeit sei hauptsächlich bemerkenswert geworden durch zwei Punkte: Die Ruhrbesetzung und den Sturz des Frank um 50 Prozent.** Beide hängen natürlich zusammen. Das Ruhruntern hmen sei eine Finanzkatastrophe für Frankreich gewonden. Es sei Poincares letzte Karte gewesen.

Die Ausländer an der Pariser Börse.

Paris, 21. Februar. Der heute vormittag abgehaltene Ministerrat hat beschlossen, demnächst einen Erlaß herauszugeben, wonach Ausländer künftig nur mit ausdrücklicher Genehmigung der zuständigen Stellen zuriti zur Börse erhalten. Im Laufe des Ministerrats teilte der Transportminister mit, er beabsichtige, neue Eisenbahntarife dieser Tage in Kraft treten zu lassen.

Nur 16 Stimmen Mehrheit für Poincaré im Senat.

Paris, 22. Februar. Poincare hat gestern im Senat in der Frage der Wahlreform die Vertrauensfrage gestellt. Poincare hat nur eine Mehrheit von 16 Stimmen erhalten, mit 150 gegen 134 Stimmen wurde ihm das Vertrauen ausgesprochen.

Poincare der letzte Sieger der Republik.

Paris, 22. Februar. In der Debatte in der gestrigen Abstimmung im Senat erklärte der royalistische Senator Blois, für ihn käme vor allen die Erwägung in Betracht, daß der Ministerpräsident nicht gestürzt werden dürfe. Wenn Poincare zurücktreten würde, wäre es ein großes Unglück und würde keineswegs den sozialen Frieden bedeuten. Der reaktionäre Senator de la Haye erklärte, Poincare müsse man in den Senat und in die Akademie schicken, damit er eines Tages wieder wie ein Ritter auferstehen könne, denn er glaube, Poincare sei der letzte Sieger der Republik.

Weitere Friedensrüstungen der Arbeiterregierung.

London, 22. Februar. Im Unterhause gab gestern der parlamentarische Unterstaatssekretär der Admiralität Erklärungen über die Entscheidung der letzten Regierung ab, die beabsichtigt hatte, den Bau von leichten Kreuzern zu beschleunigen und dadurch die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die Regierung Baldwin hatte geplant, sechs oder acht solcher Kreuzer auf den Kiel zu legen. Der Unterstaatssekretär der Admiralität erklärte gestern, die gegenwärtige Regierung werde nur fünf solcher Kreuzer bauen und mit dem Bau solle sobald wie möglich begonnen werden.

Ende des Streiks der englischen Dockarbeiter.

London, 21. Februar. Von amtlichen Stellen wird mitgeteilt, daß der Ausstand der Dockarbeiter beendet sei. Den Ausständigen sind alle ihre Forderungen bewilligt worden. Die ganze Nacht über ist außerordentlich erregt verhandelt worden, bis man schließlich den Dockarbeitern die geforderten zwei Schillinge zugestand.

Die autonome deutsche Wolga-Republik.

Moskau, 22. Februar. Das Ansiedlungsgebiet der Deutschen an der Wolga, das durch einen Beschluß der Volkskommissare der Bundesrepublik zu einer autonomen Republik erhoben wurde, wird jetzt nach dem Muster der Sowjets neu verwaltet. Die Republik umfaßt 14 Bezirke. Mittelpunkt der Verwaltung wird die Stadt Polerowskaja anstelle der bisherigen Hauptstadt Marxstadt sein. Der Verwaltungsapparat wird auf derselben Grundlage wie die Bundesverwaltung aufgebaut, sodaß die Republik Minister in Form von Volkskommissaren erhält, u. a. einen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten und einen für Außenhandel. Die deutsche, russische und ukrainische Sprache wird auf dem Gebiete dieser Republik gleichberechtigt sein. Dieser Beschluß tritt sofort nach Bestätigung durch das Präsidium der Zentralexekutive in Kraft.

Die Balkanbündnisse Italiens.

London, 21. Februar. Nach diplomatischen Berichten, die hier aus Bukarest und Rom eingetroffen sind, wird der rumänische General Averescu sich im Auftrage des Kabinetts nach Rom begeben, um mit der italienischen Regierung über eine italienisch-rumänische Entente zu verhandeln, die das italienisch-jugoslawische Bündnis entscheidend ergänzen würde. Diese Entente soll nicht nur durch die Verlobung des rumänischen Prinzen Nikolaus mit der italienischen Prinzessin Mafalda besiegelt werden, sondern die rumänische Regierung soll die Absicht haben, die Ausrufung des Prinzen zum König von Albanien zur wichtigsten Bedingung des Bündnisses zu machen.

Feierliche Annektion Fiumes.

Rom, 22. Februar. In der gestrigen Sitzung des Kabinetts gab Mussolini einen Ueberblick über die geschichtlichen Verhandlungen Italiens mit Südslawien, die darnach schon im Jahre 1922 eingesetzt haben. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden einstimmig gebilligt, ebenso alle Bestimmungen des Adria-Vertrages. Die Ratifizierung der Verträge ist für heute zu erwarten. Am 2. März findet die feierliche Annektion Fiumes in Anwesenheit des Königs statt.

Aus Stadt und Umgebung

Silbergeld in Sicht.

In aller Stille haben zwischen Reichsbank und Reichsfinanzministerium Verhandlungen stattgefunden, die auf eine Ausgabe von Silbergeld abzielen. Soweit wir unterrichtet sind, sind diese Bestrebungen soweit gefördert worden, daß man bereits in absehbarer Zeit wieder blanke Taler zu Gesicht bekommen dürfte. Das neue Hartgeld wird nicht von der Rentenbank, sondern von der Reichsbank ausgegeben werden, und zwar in drei Wertstufen, zu eins, drei und fünf Mark. Die auszugebenden Mengen stehen noch nicht fest, ebenso wenig das Aeußere der Münzen. Mit der Herstellung der Prägestempel ist noch nicht begonnen worden.

Kein Todesfall infolge des gestrigen Unfalls im Leunawerk.

Der gestern im Ammoniakwerk verunglückte Arbeiter Friedrich Pohl liegt im hiesigen Krankenhaus und befindet sich auf dem Wege der Besserung. Lebensgefahr besteht jedenfalls nicht. Die Gerüchte, die von seinem Ableben wissen wollten, bestätigen sich also zum Glück nicht.

Rhein-Abend des Vereins für Heimatkunde.

Der Vortrag Dr. Franke „Der Rhein und die Nibelungen" findet nunmehr bestimmt am 11. März statt. Es ist dem Vorstand möglich gewesen, von der Deutschen Lichtspielgesellschaft Berlin 90 farbenprächtige Lichtbilder für diesen Abend zu erlangen, welche die Schönheiten des Rheines, der Burgen und Städte darstellen. Ganz besonders interessieren werden die unter französischem Joch noch immer seufzenden Städte, deren Hauptsehenswürdigkeiten gezeigt werden sollen, vor allem Düsseldorf. Der Eintrittspreis von 50 Pfg. bleibt unverändert. Karten bei Herrn Pouch.

Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club

veranstaltete in diesen Tagen eine Deutschlandfahrt Köln—Leipzig auf Motorrädern, die im Laufe des Vormittags Merseburg berührten. 9,45 Uhr waren die Teilnehmer in Erfurt aufgebrochen und schon 11,47 Uhr trafen die ersten Motorräder, unter denen auch englische Typen vertreten waren, ein. Die D. K. W.-Räder haben sich auf dieser Ueberlandfahrt am besten bewährt. Bis Redaktionsschluß hatten 65 Teilnehmer die Gotthardstraße, wo sie neuen Benzin nahmen, passiert. 115 hatten Köln verlassen, 95 Erfurt erreicht. Von Unglücksfällen auf der Strecke Erfurt—Merseburg ist nichts bekannt.

Unser Roman kann heute leider aus technischen Gründen nicht fortgesetzt werden, wir werden unsere Leser dafür in einer der nächsten Nummern unserer Zeitung entschädigen.

Konzert des Vaterländischen Frauenvereins.

Zum Besten der Schwesternstationen auf dem Lande veranstaltete der Vaterl. Frauenverein für Merseburg-Land Lim „Kasino" ein gutgelungenes Wohltätigkeitskonzert. Mit einem anmutigen Frühlingsreigen, der von Kindern getanzt wurde, begann das reichhaltige Programm, dem namhafte Künstler ihre Mitwirkung zuteil werden ließen. Die A-moll-Sonate von Schubert für Violine und Klavier kam durch Otto Langs meisterhaftes Violinspiel, unterstützt durch wohldurchdachte Begleitung unseres einheimischen Pianisten Fritz Busch trefflich zu Gehör. Beide Künstler hatten während des Konzertes noch öfter Gelegenheit, Proben ihrer Kunst abzulegen. Kammervirtuos Maximilian Schwedler-Leipzig verschaffte uns Merseburgern dann mit seiner Flöte einen seltenen Genuß. Aber auch der Gesang kam bei diesem reichhaltigen Programm zu seinem vollen Recht. Frl. Klära Spenglers strahlende, bestrickende Stimme riß die Zuhörer hin mit den schönen Liedern von Liszt, Wolf und Weingarten und der Tenor Kurt Freitags sang sich bald in die Herzen aller Anwesenden hinein. Alles in allem: ein schönes Konzert, das auch mit einem regen Besuch — hauptsächlich hatten sich viel Bewohner aus den umliegenden Ortschaften eingefunden — sicherlich einen erfreulichen Ertrag für die wichtige Sache der Schwesternstationen abgeworfen haben wird. Den Konzertflügel von Steinweg u. Sohn-Hamburg hatte die Firma Balthasar Döll-Halle-Saale gestellt.

Gegen die Zeitkarten-Preiserhöhung.

Gegen die vom 1. Februar ab eingeführte Erhöhung des Preises für die Zeitkarten auf der Eisenbahn wendet sich in einer Eingabe an das Reichsverkehrsministerium der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Berlin. Der GDA. weist darauf hin, daß gerade die Zeitkarten in überwiegendem Umfange von Gehalts- und Lohnempfängern benutzt werden, die durchgängig auf zwei Drittel ihres Friedenseinkommens gesetzt sind, während die Zeitkarten über den Friedenspreis hinaus verteuert sind. Aus diesen Erwägungen heraus beantragt der GDA. eine sofortige Herabsetzung der Preise für die Zeitkarten zum mindestens bis auf die Höhe des Friedensstandes.

Fahrpreis-erhöhung für Zeitkarten.

Gegen die Erhöhung des Preises für die Zeitkarten auf der Eisenbahn wendet sich in einer Eingabe an das Reichsverkehrsministerium der Gewerkschaftsbund der Angestellten. Der G. D. A. weist darauf hin, daß gerade die Zeitkarten in überwiegendem Umfange von Gehalts- und Lohnempfängern benutzt werden, die auf Grund von Anweisungen der Arbeitgebervereinigungen an ihre Mitglieder durchgängig auf 2/3 ihrer Friedenseinkommen gesetzt sind. Eine Erhöhung der Zeitkartenpreise über den Friedensstand hinaus muß in diesem Augenblick bei der schweren Wirtschaftslage der Lohn- und Gehaltsempfänger als ein völlig unsoziales Vorgehen angesehen werden. Aus diesen Erwägungen heraus beantragt der G. D. A. eine sofortige Herabsetzung der Preise für die Zeitkarten zum mindesten bis auf die Höhe des Friedensstandes.

Wann kommt der Rentenpfennig?

Halbamtlich wird auf diese Frage folgende Antwort geschrieben: Die Prägungen von Rentenpfennigmünzen sind in den deutschen Münzstätten im Monat Januar d. Js. sehr erheblich erhöht worden. Im ganzen sind bis Ende Januar geprägt worden: für 387 167 Mark Einpfennigstücke, für 579 165 Mark Zweipfennigstücke, für 959 234 Mark Zehnpfennigstücke und für 3 374 050 Mark Fünfzigpfennigstücke.

Gegen das häßliche Stadtbild:

Kleinhäuser werden jetzt vielfach auch im Hochbaugebiet errichtet. Der unvermittelte Uebergang von mehrgeschossigen Bauten zu niedrigen Häusern gibt besonders bei geschlossener Bauweise ein übles Stadtbild. Die hohen Brandmauern bleiben unverdeckt. Dies läßt sich durch die Bauordnung nicht verbieten. Auch das Gesetz bietet nur für bestimmte Flächen eines Ortsgebietes mit besonderer Harmonie und Schönheit Schutz gegen Verunstaltung. Der Minister für Volkswohlfahrt weist jetzt die Regierungspräsidenten auf die Möglichkeit hin, mittelbar auf den Bauherrn einzuwirken, wenn ein Baudispens oder eine Ausnahmegenehmigung vom ortsstatutarischen Bauverbot nötig ist. Ein Bauplatz im Hochbaugebiet kann gegen ein Grundstück der Gemeinde im Gelände für den Flachbau eingetauscht werden. Grundriß und Stärke der Mauern kann auch für die Aufsetzung neuer Geschosse eingerichtet werden. Dann kann man das Kleinhaus auf das Hinterland setzen, wo es später durch ein mehrgeschossiges Gebäude verdeckt wird.

Die Sparsamkeit der Behörden bei den Bürobedürfnissen

geht den Zentralverwaltungen immer noch nicht weit genug. So ist jetzt durch einen Erlaß für Preußen die Beschaffung einer Reihe von Gegenständen verboten worden: Sofas, Polstermöbel, Schreibsessel, Diplomatenschreibtische, Bücherschränke, Uhren, Teppiche, Uebergardinen, Möbel aus teureren Holzarten, auch nicht für Repräsentationsräume, Aschenbecher, Federständer, bessere Schreibzeuge, Bleistiftanspitzer, Tischkalender, Seife und Soda zum Reinigen von Oelfarbenanstrichen und Möbeln, Linoleum, Putzmittel für Messing, Klosettpapier usw. Seife soll zum Dienstgebrauch nur noch zugelassen werden, wo zwingende Gründe, wie z. B. schmutzige Arbeiten, Berührung mit gesundheitsschädlichen Gegenständen, sie nötig machen. Mit Handtüchern soll durch seltenere Auswechslung, gemeinsame Benutzung durch mehrere Beamte usw. gespart werden. Möbel dürfen nur aus Fichtenholz hergestellt werden.

Dezentralisation der Krankenkassen.

Eine Dezentralisation der Krankenkassen bezweckt eine Verordnung. Kassen mit weit ausgedehntem Bezirke können für Bezirke, Gruppen oder Betriebe Sektionen bilden. Das Oberversicherungsamt kann auf Antrag Beteiligter nach Anhörung der Kasse die Bildung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240222-14/fragment/page=0002

anordnen. Zur Vermeidung von Fuhrkosten können Arztbezirke gebildet werden. Vorher sollen die Aerzte und deren örtlicher Verband gehört werden. Geht von diesen kein Vorschlag ein oder findet keine Einigung statt, so entscheidet der Ueberwachungsausschuß endgültig. Abgesehen von dringenden Fällen kann die Kasse die Bezahlung nicht zuständiger Aerzte ablehnen, Die Kasse kann Krankenschwestern als Pflegepersonen und als Gehilfinnen der Aerzte anstellen.

Die Laufbahn der Handelslehrer. Handelslehrer und -lehrerinnen müssen eine besondere Ausbildung durchlaufen, die über die der Volksschullehrer wesentlich hinausgeht und erhebliche Opfer an Zeit und Geld erfordert. Nach einer Verfügung des Handelsministers soll deshalb bei der Verleihung von Aufrückungsstellen geprüft werden, ob die in Aussicht genommenen Lehrpersonen eine abgeschlossene Ausbildung für das Handelslehramt nachgewiesen haben. Von dem Nachweis kann ausnahmsweise hiervon abgesehen werden, wenn sich Lehrpersonen im kaufmännischen Schuldienst hervorragend bewährt und um die Entwicklung des kaufmännischen Schulwesens besonders verdient gemacht haben. Sind mehrere Aufrückungsstellen vorhanden, so sollen ihnen mindestens soviel vorbehalten werden, wie ihrem Anteil am Lehrkörper entspricht.

Lernen lohnt wieder. Der Stundenlohn betrug bei der Preußischen Staatsbahn vor dem Kriege in der Ortsklasse A in Berlin für Handwerker in den Werkstätten 64 Pfg., für Werkhelfer 58 Pfg., für ungelernte Bahnunterhaltungsarbeiter 39½ Pfg. Der Wochenlohn der Reichsarbeiter hatte betragen in den drei Stufen 23,70 Mk., 31,32 Mk. und 34,56 Mk. Dieser Unterschied verwischte sich während der Aufblähung der Währung immer mehr. Rechnet man den wirklich gezahlten Lohn auf Grund der Reichsrichtzahl für die Kosten der Lebenshaltung, so ergab sich am wenigsten im Oktober 1923 mit 14,41 Mk., 14,77 Mk. und 15,23 Mk. Wochenlohn. Der Unterschied, der im Frieden über 3 bis fast 8 Mk. von Stufe zu Stufe betragen hatte, war auf Pfennige in der ganzen Woche zusammengeschmolzen. Der Uebergang zur Rentenmark brachte wieder größere Abstände. Der Nominallohn betrug im Dezember 18,72, 20,64 und 24,00 Mk. Ueber die Reichsrichtzahl umgerechnet, ergibt sich ein Reallohn von 15,64, 17,24 und 20,06 Mk. in der Woche.

Wertbeständigkeit der Spareinlagen. Man schreibt uns: Seit dem 15. November v. J. haben wir wieder eine wertbeständige Währung. Die Rentenmark hat sich das Vertrauen der breitesten Schichten der Bevölkerung erobert. Der seelische Druck der drohenden Geldentwertung ist von den Gemütern genommen. Es hat wieder Zweck zu sparen, und der Spartrieb der Bevölkerung wird wieder neu belebt, was aus dem ständigen Wachsen der Rentenmarkguthaben der Sparkassen geschlossen werden kann. Eine für die Sparer hoch bedeutsame Vorsorge hat unsere Sparkasse neuerdings getroffen. Den Sparern wird die Wertbeständigkeit ihrer Rentenmarkguthaben gewährleistet, wenn sie die teilweise oder gänzliche Abhebung ihrer Einlagen von einer einmonatigen Kündigungsfrist abhängig machen; also selbst beim Sinken des Kurses der Rentenmark gewährleistet die Sparkasse die Wertbeständigkeit der Rentenmarkguthaben auf Dollarbasis, und zwar nach dem Berliner amtlichen Mittelkurs für telegraphische Auszahlung Newyork. Der Sparer kann also mit vollem Vertrauen sein Geld in Rentenmarkguthaben bei der Sparkasse anlegen, ohne daß er wegen einer möglicherweise eintretenden Geldentwertung irgendwelche Befürchtungen zu hegen braucht. Der Zinsfuß für derartige wertbeständige Rentenmarkguthaben beträgt z. Zt. 7 Prozent.

„Rotkreuzheime im Harz." Das Braunschweigische Rote Kreuz als ein Hauptträger der Mittelstandsfürsorge hat es sich in Verbindung mit dem Deutschen Roten Kreuz in dankenswerter Weise angelegen sein lassen, inmitten Deutschlands und von allen Seiten leicht erreichbar, Heime für den notleidenden, gebildeten deutschen Mittelstand zu schaffen, der heutzutage finanziell nicht mehr in der Lage ist, sich eine dringend notwendige Erholung zu gönnen, um geistig und körperlich wieder zu gesunden. Viel Segen ist bereits von den, an schönsten Punkten des gesundheitsstärkenden Harzgebiges gelegenen sauberen Mittelstandsheimen des Roten Kreuzes (Bad Harzburg, Braunlage, Hohegeiß, Trautenstein, Bad Wildstein bei Treseburg u. a.) ausgegangen bei freundlicher Leitung, Geselligkeit, guter Unterbringung und Verpflegung zum derzeitigen einheitlichen Tagespflegesatz von nur 2,50 Goldmark nebst 15 Prozent Verwaltungskosten! Im Sinne eines hilfreichen Menschentums sei an dieser Stelle auf vorstehende günstige Erholungsmöglichkeit nochmals besonders aufmerksam gemacht. Die Heime sind im ganzen Jahre geöffnet und bieten jederzeit willkommene Erholung; in Ansehung des erfahrungsmäßig starken Sommer- und Winterandrangs haben jedoch die Jetztzeit sowie Frühjahr und Herbst die besten Aufnahmeaussichten. Begründete Aufnahmegesuche (mit Rückporto) von Einzelpersonen und Familien sind zeitig zu richten an die Zentralfürsorge vom Roten Kreuz Braunschweig, Rathaus.

*

Die Generalversammlung des Theater-Vereins, die gestern abend im Tivoli unter Vorsitz des Herrn Stadtrats Bessert abgehalten wurde, gestaltete sich in ihrem sehr angeregten Verlauf zum Markstein der möglichen raschen Lösung einer Reihe für unsere Stadt hochwertiger Fragen, vor allem in Bezug auf deren geistige Entwicklung. Als eigentliche Veranlassung hatte der Theater-Verein vor allem zu einer

Satzungsänderung

Stellung zu nehmen, die ihm eine bessere Berücksichtigung seiner bereits von der Regierung anerkannten kunstpflegenden und gemeinnützigen Bedeutung zu bringen bestimmt war. Es wurde die von den Behörden verlangte klarere Fassung der Bestimmungen über die Verwendung der Mitgliederbeiträge zu ausschließlich gemeinnützigen und der Kunstpflege dienenden Zwecken ohne Widerspruch festgelegt und der Vorstand mit der Ordnung dieser Angelegenheit betraut. Dadurch ist der Theater-Verein auch in den Stand gesetzt, künftig bei den Eisenbahn-Direktionen Fahrpreisermäßigungen bis zu 50 Prozent für die von auswärts engagierten Künstler zu beantragen. Als 2. Punkt der Tagesordnung war der **Beitritt des Theater-Vereins zum Verband der Volksbühnen-Vereine Preußens zu erörtern.** Herrn Stadtrat Besset gelang es in klarer Darstellung die großen Vorteile festzustellen, die dem Theater-Verein durch Anschluß an die straffe Organisation des Volksbühnen-Verbandes ersprießen, eines Verbandes, der bereits 132 Volksbühnen umfaßt und dessen Zweigleitung für den Bezirk der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen sich in Magdeburg befindet. Die Leistungs-Verhältnisse der benachbarten Volksbühnen seien teilweise recht schwierige, da z. B. Zeitz mit etwa 30 000 Einwohnern nur etwa 500 Mitglieder zähle, wogegen das viel kleinere Weißenfels über 1500 Mitglieder und auch Naumburg eine vergleichsweise rege Beteiligung an der Kunstpflege zeige. Die Beiträge zum Volksbühnen-Verbande würden, nach allen Erfahrungen keine allzugroße Belastung bringen und bald auch bedeutende Errungenschaften im Gefolge haben. Der Verbandszweigverein Magdeburg zählt bereits 16 Volksbühnen und stehe unter der Leitung des Herrn Ober-Reg.-Rat Freising. Merseburg habe etwa 30 000 Einwohner und stelle mit seinem Theater-Verein, dessen Mitgliederzahl etwa 3200 beträgt, einen der verhältnismäßig größten Organisationen dar. Von den Monatsbeiträgen von 1,20 Mark sind etwa 100 Mark an den Volksbühnenverband abzuführen.

Nach den jetzt mit den Künstlern von Halle ermöglichten mehreren Vorstellungen von Shakespeares „Was Ihr wollt" sei beabsichtigt, eine gediegene Konzertveranstaltung und einen leichteren Lustspielabend zu veranstalten. Den Mitgliedern soll mit diesen Abenden der zwangsweise Besuch jeder Vorstellung ihrer Gruppen erspart bleiben. Dann ging die Debatte über zum

Ausbau der Sixti-Ruine

Herr Stadtrat Bessert gab eine lichtvolle Darstellung der geplanten baulichen Vorrichtungen des Grundstückes, wie sie im Einvernehmen mit dem Magistrat erzielt wurden. Zu baulichen Vorrichtungen, wie sie für den baldigen Beginn der Verwertung des Gebäudes unbedingt erforderlich seien, dürfte ein Betrag von ungefähr 200 000 Mark genügen, der angesichts der hohen Bedeutung, die durch diese Verwertung des jetzt noch unverwendbaren und unschönen Bauwerkes erzielten kunstpflegenden und gemeinnützigen Werte allen Bewohnern Merseburgs und seiner gewerbfleißigen Umgebung erwachsen würde, unschwer durch Sammlungen und Unterstützungen einsichtiger Interessenten aufgebracht werden müßte und könnte.

Der Theater-Verein würde ein freundliches Verhältnis mit allen den Neubau mitbenützenden Vereinen und Körperschaften zu pflegen sich bemühen und die gemeinnützigen Zusammenarbeit aller Beteiligten ein wertvolles Werk ermöglichen. Nach eingehenden, sehr angeregten Verhandlungen, an denen sich Herr Oberbaurat Fritzsch, Herr Kaufm. Meister, Herr Scherch vom Arbeiter-Sänger-Bund, Frau Prof. Wedding u. a. mehr beteiligten, gelang es im Laufe der Verhandlungen auch das Gespenst des Conservators zu beschwören, der die Sixti-Ruine als „Denkmal vergangener Zeiten" in ihrem traurigen Zustand erhalten zu sollen glaubt — dieser Standpunkt ist unhaltbar, wenn man den Blick z. B. auf Leipzig wendet, wo die Ruine der alten Pleißenburg in ein prächtiges Kleinod des Straßenringes gestaltet wurde, oder auf Wien, wo die alte Hofburg zu einer Reihe der Bildung und Erholung aller Bürger und Fremden sich verwandelte und vielen anderen Städten, wo „das Alte stürzt, es ändern sich die Zeiten, und neues Leben blüht aus den Ruinen!" S.

Für die nächste Zeit sind „Die Menschenfreunde" mit Durra in der Hauptrolle, der köstliche Schwank „Sprung in die Ehe", ein lustiger Plaut-Abend, ein Gastspiel des Dessauer Hoftheaters, und je ein Gustav u. Jakobi-Abend in Aussicht genommen. Auch ein Tanzabend soll in diesem Jahre noch stattfinden.

*

Letzte Depeschen

Der Dollar 4200000000000.

Berlin, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) **Amtlich notierte der Dollar 4 189 500 000—4 210 500 000 bei 3 Prozent Zuteilung.**

London, 18 154 500—18 245 500 000 000.
Paris, 179 550—180 540 000 000.
Schweiz 728 175—731 825 000 000.
Amsterdam 1 576 050—1 583 950 000 000.
Stockholm 1 079 250—1 102 750 000 000.
Kopenhagen 670 370—673 680 000 000.
Prag 122 193—122 807 000 000.
Wien 62 343—62 657 000 000.
Rom 181 545—182 455 000 000.

*

Das französische Episkopat und Deutschland.

Rom, 22. Februar. Von gutunterrichteter vatikanischer Seite erfährt der Korrespondent des „B. T.", daß der Vatikan den französischen und belgischen Bischöfen, ja sogar dem Kardinal Mercier, einen deutlichen Verweis wegen ihrer unchristlichen, intransigenten Haltung gegenüber Deutschland erteilt habe.

Eine Kammer der Frontkämpfer.

Rom, 22. Februar. Die Wahlliste Mussolinis ist nunmehr fertiggestellt. Von den 356 Mandaten, welche nach dem neuen Wahlgesetz dieser Liste zustehen, werden 106 an Parlamentarier und 250 an Persönlichkeiten vergeben, die noch nicht in die Volksvertretung gewählt wurden, davon 180 an Frontkämpfer.

Der Fiume Vertrag ratifiziert.

Rom, 22. Februar. Der italienische Ministerrat ratifizierte gestern den Vertrag zwischen Italien und Südslawien.

Neu-Rössen und Zweckverbandsgemeinden.

Ausschuß für Bildungswesen. Der allerseits bekannte Astronom Bruno H. Bürgel hält in der Turnhalle der Siedlungsschule heute, Freitag, den 22. und Sonnabend, den 23. Februar, abends 8 Uhr, je einen Lichtbildervortrag über die Themen „Vom Bau des Weltall und vom Werden der Welten" und „Die Entwicklung der Erde und des Irdischen". Eintrittskarten sind bei der Firma Fischer, Neurössen und an der Abendkasse zu haben.

*

Halle (Saale), 22. Februar. (Eisenbahnunfall.) Auf der Strecke Halle—Leipzig entgleisten heute morgen in der Nähe von Schkeuditz einige Wagen eines Leerzuges und schoben sich über den Bahnkörper, so daß die Strecke für einige Stunden gesperrt war. Der folgende D-Zug 160 konnte noch rechtzeitig umgeleitet und so ein größeres Unglück verhütet werden.

Handel und Verkehr.

Devisenmarkt.

Berlin, 21. Februar. Am Devisenmarkt sind die Verhältnisse ziemlich stetig. Nennenswerte Veränderungen weisen weder die Kurse noch die Zuteilungssätze auf. Auch Dollarschatzanweisungen und Goldanleihe gegen gestern völlig unverändert. Polennoten 438—462 000, Oesterreicher 60 847—61 153 000.

Effektenbörse.

Berlin, 21. Februar. Die Stimmung war heute meist so gedrückt, wie an den Vortagen.

Montanwerte lagen überwiegend fester, vor allem Ilse Bergbau plus 7⅞, Köln-Neuessen plus 4,5, Bochumer Essener Steinkohlen, Harpener, Oberbedarf, Phönix, Rheinstahl und Rombacher plus 2¼ bis 2¾ Prozent. Schwächer eröffneten Deutsch-Luxemburger minus 2,5, Hohenlohe minus 1⅜ und Kattowitzer minus 1. — Von Kaliwerten Deutsche Kali plus 2,5, Westeregeln und Kali Aschersleben plus 1¼ bezw. 1⅝. — Am Markt der chemischen Werte Scheidemandel plus 3¼, Oberkoks plus 2,5 und Köln-Rottweil plus 1¼. — In Elektrowerten überwogen die Kursaufbesserungen Akkumulatoren, minus 3¼. Stärker gesteigert Siemens & Halske plus 1,5 und El. Lieferungen plus 1¾. Waggonaktien ruhig, Rathgeber plus ¾. Am Metall- und Maschinenmarkt waren Deutzer Motoren um 2¾, Berlin-Karlsr. Industrie um 2,5, Augsburg-Nürnberger um 2¼ erholt. Am Textilmarkt eröffneten Hammersen und Stöhr je plus 1. Deutsche Wolle ca. plus ¾. Von Spritaktien Ostwerke plus 1⅜. Am Markt der verschiedenen Werte Deutsch-atl. Telegraph mit plus 1⅜. Charlottenburger Wasser und Elbeverkehr je plus 1, Deutsche Erdöl plus fast 6. Von Schiffahrtswerten Hapag plus 2; Hansa plus 1⅛, Kosmos plus 3, von Eisenbahnaktien El. Hochbahn plus 2⅛, Canada plus 1, am Bankenmarkt Berliner Handel plus 7,5. Deutsche Renten lagen verändert: Kriegsanleihe plus 4,5, die 3proz. Reichsanleihe plus 4, 3½proz. minus 10, die 3½proz. preuß. Konsols minus 5 Milliarden Proz. Die übrigen deutschen Renten unverändert.

Am Geldmarkt stellte sich heute der Satz für valorisierte Rentenmarkkredite wieder auf 2 Prozent pro Monat.

Die Haltung am Kassamarkt für Industriepapiere war auf der ganzen Linie freundlicher bei allgemeiner Aufwärtsbewegung der Kurse. Das Geschäft blieb jedoch klein, und die Kursbewegung hielt sich in engen Grenzen.

Bei durchweg freundlicher Haltung konnten sich die Kurse der meisten Papiere auch nachbörslich behaupten; zum Teil setzte sich sogar eine verstärkte Nachfrage durch.

Am Markt der unnotierten Werte konnten bei sehr lebhaftem Geschäft verschiedene Werte ihren Kursstand erhöhen. Es sind zu nennen: Adler Kohle 20, Becker Kohle und Becker Stahl je 10¾—11¼, Benz 6, Berlin-Halberstädter Ind.-W. ½, Dux Auto 3¾, Elitewagen 0,85, El. Osmose Leder 0,85, Frister & Roßmann 1,25, Grade Auto 0,85, Grade Motoren 2¼, Gummiwerke Elbe 28, Hochfrequenz 20, Kabel Rheydt 13, Meurer Spritzmetall 0,81, Muldenthal ¼, Nienburger Eisen 2, Oswald Film 0,425, Sächsische Tüll 8,59, Schebera 4¾, J. Sichel 11¼, Stock & Kopp 1,2, Stoewer Auto 5½, Textil Meyer 0,95, Thüringer Uhren 3, Tiag 3½, Ufa Film 10¾—11. Ver. Zeitzer 12—12½, Werra Metall 1½—1¾, Ronnenberg 1,08, Heldburg Vorzug 65, Krügershall 13½, Hallesche Kali 32, Hannoversche Kali 35, Adler Kali 38, Ummendorf-Eilsleben 2¼, Kaoko 1,3, Sloman Salpeter 24, Südsee-Phosphat 20, Diamond 18½, Salitrera 320, Deutsche Erdöl junge 68½, Deutsche Petrol 24, Ipu 90, Api 8½.

Hallische Notierungen am 21. 2.

(In Milld. Prozent.)

Hallescher Bankverein 2900 bG, Hall. Pfännersch. A.-G. 21 000 bG, Prehlitzer A.-G. 75 000 G, Rieb. Montanw. A.-G. 65 000 G, Werschen Weißenf. 95 000 G, Ammendorfer Papier 7900 bG, Cröllwitzer Papier 14 000 G, Cönnerner Malzfabrik 45 000 G, Eilenb. Kattun 29 000 bG, Eisenw. Brünner 2500 bB, E. Zimmermann & Co. 1300 bG, Hallesche Maschinen 28 000 bG, Hallesche Röhrenw. 1600 bG, Heckert 1100 bG, Hildebrandsche Mühlen 8000 bG, Moritzz Jahr 1100 bG, Gebr. Jentzsch 25 000 bG, Wilh. Kathe, Akt. 4000 bG, Körbisdorfer Zucker 135 000 B, Kyffhäuserhütte 1—8500 3500 b, Gottfried Lindner 10 000 bB, Schraplauer Kalkw. 2700 bG, Wegelin & Hübner 8100 bG, Zuckerraffinerie Halle 29 000 B, Halle-Hettst. Eisenb.-A. 17 000 B, Bruckd. Nietleb. Bergbau 6000 G.

Im Freiverkehr gingen um Bernbg. Saalmühlen zu 1950, Cäsar & Loretz 7—6,50, Czernowang. Glas 2800 G., Halle Malz 6000 G, Hanfimport 2100, Vester 900.

Produktenmarkt.

Berlin, 21. Februar. Das stärkere Angebot fand infolge der milderen Witterung wenig Entgegenkommen seitens der Käufer. Die Preise bröckelten für fast alle Waren etwas ab.

Mittagsbörse. Amtlich wurden notiert: Getreide und Oelsaaten per 1000 Kg., sonst per 100 Kg. (in Goldmark): Weizen, märk. 165—170, meckl. 160—165, Roggen, märk. 132—137, pomm. 129—132, westpr. 128—130, Gerste, Braugerste 155—170, Futtergerste 140—150, Hafer, märk. 110—115, pomm. 104—110, Weizenmehl per 100 Kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 25,25 bis 27, Roggenmehl 21,75—23,75, Weizenkleie frei Berlin 8,30—8,50, Roggenkleie frei Berlin 7, Raps 290—295. Leinsaat 415—435, Viktoria-Erbsen 27—29, kleine Speiseerbsen 18,50—19,50, Futtererbsen 13—14, Peluschken 12 bis 13, Ackerbohnen 13,50—14,50, Wicken 13—14 Lupinen blaue 14—14 50, do. gelbe 15—16,50, Seradella 14—14 50 Rapskuchen 10,50—10,60, Leinkuchen 21—22, Trockenschn. 8, vollw. Zuckerschnitzel 16—17, Torfmelasse 30/70 8, Kartoffelflocken 16,40.

Butternotierung: Ia Qual. je Pfd. 1,80 Gm.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 21. Februar.

Auftrieb: 223 Rinder (71 Ochsen, 44 Bullen, 26 Kalben, 82 Kühe), 556 Kälber, 265 Schafe, 1432 Schweine; zusammen:, 2476. Preise für 50 Kg Lebendgewicht (in Goldmark):

Ochsen 1. Kl. —, do. 2. Kl. 33—42, do. 3. Kl. 25—33, do. 4. Kl. —, Bullen 1. Kl. 36—38, do. 2. Kl. 33—36, 3. Kl. 26—33, do. 4. Kl. —, Kalben und Kühe 1. Kl. —, do. 2. Kl. —, do. 3. Kl. 34—42, do. 4. Kl. 25—34, do. 5. Kl. 15—25, Kälber 1. Kl. —, do. 2. Kl. 75—80, do. 3. Kl. 62—75, do. 4. Kl. 45—62, Schafe 1. Kl. 52—55, do. 2. Kl. 40—52, do. 3. Kl. 25—40, Schweine 1. Kl. 70—72, do. 2. Kl. 71—74, do. 3. Kl. 65—70, do. 4. Kl. 46—65, do. 5. Kl. 46—65.

Geschäftsgang: Rinder langsam, Kälber gut, Schafe und Schweine mittelmäßig. — Ueberstand: 46 Rinder, davon 10 Ochsen, 6 Bullen, 5 Kalben, 25 Kühe und 220 Schweine.

Stallpreise müssen für Rinder 20 Prozent, für Kälber und Schafe 18 Prozent, und für Schweine 16 Prozent unter der Notiz vom vorigen Markte liegen.

Berliner Metallpreise vom 21. 2.

Elektrolytkupfer 130, Raff. Kupfer 1,20—1,22, Weichblei 0,65—66, Rohzink 0,70—71, Aluminium 2,10, Bancazinn 5,25—5,30, Reinnickel 2,30—2,40, Barrensilber (ca 900 f.) 96,50—97,50.

Häuteversteigerung in Erfurt.

Auf der in Erfurt abgehaltenen Mitteldeutschen Häuteauktion von Thüringer Gefällen standen rund 33 000 Häute und Felle zum Angebot. Der Verlauf der Auktion war nicht so lebhaft, wie auf den vorausgegangenen Häuteversteigerungen. Trotzdem war die Tendenz als fest anzusprechen. Erzielte Preise in Goldpfennigen pro Pfund: Ochsen bis 29 Pfund 120¼, 30/49 Pfund 104, 50/59 Pfund 81—88½ 60/79 Pfund 84—87¼, 80/99 Pfund 78—79¾; Rinder (dieselben Gewichtsklassen): 120, 120—128, 92—99¾. 86—88½, 83—85½; Kühe (dieselben Gewichtsklassen): 87, 80—90, 77—87¼, 78¼—86¾, 80½.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: K. Hennemeyer — Sport: A. Rank — Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240222-14/fragment/page=0003

Einer geehrten Einwohnerschaft von Merseburg u. Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage, meine **Werkstätten von Fischerstraße 22** in bedeutend vergrößertem Maßstabe nach

Große Sixtistraße 6

(früher Schrader-Bölsche) verlegt habe.

Es wird nach wie vor mein eifrigstes Bestreben sein, alle mich beehrende Kundschaft voll und ganz mit sauberer, erstklassiger Arbeit zufrieden zu stellen und bitte, mir das bisher erwiesene Wohlwollen auch in Zukunft weiter zu bewahren

Mit vorzüglicher Hochachtung

Gustav Haring

Werkstätten für Dekoration und Polsterarbeiten.

Wohnung: Weiße Mauer 17. **Telefon 211.**

Im Namen des Volkes.

In der Privatklagesache des Rangierausfehers **Otto Sachse in Frankleben** gegen den Maurer **Otto Kissig in Frankleben,** geboren am 5. Dezember 1885 in Kunstedt, wegen Beleidigung, hat das Schöffengericht in Merseburg am 3. Januar 1924 für Recht erkannt: Der Angeklagte Kissig wird wegen öffentlicher Beleidigung kostenpflichtig zu sechs — 6 — Goldmark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu 1 — einem — Tage Gefängnis verurteilt Dem Beleidigten, Rangierausseher Otto Sachse in Frankleben wird die Befugnis zugesprochen, den entscheidenden Teil des Urteils **vier Wochen nach Zustellung** desselben an ihn auf Kosten des Verurteilten im hiesigen Kreisblatte einmal bekannt zu machen.

gez. Herrmann.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 24. Februar 1924 (Sexagesima). Es wird eine Kollekte gesammelt für die Arbeiterinnenkolonie Gr. Salze.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Pastor Wuttke. Vorm. 10,45 Uhr Kindergottesdienst.

Donnerstag, abends 6½ Uhr: **Bibelstunde** in der Herberge zur Heimat. Pastor Wuttke

Jungfrauen-Verein d. Vaterl. Frauen-Vereins (Seffnerstraße 1).
Sonntag abend ½8 Uhr: Versammlung.

Volksbibliothek: Geöffnet wie bisher.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Vikar Friedrich. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Riem.

Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 8 Uhr: Versammlung an der Geisel 5. — Vortrag: Aus Merseburgs alten Tagen 3. — Lehrer Gutbier.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde. — Pastor Angermann. 9—10 Uhr Spielabend.

Evang. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag abend 8 Uhr: Chorgesang in der Herberge zur Heimat. — Lehrer Busch.

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Versammlung** für Mitglieder bis 18 Jahren der Geisel 5. — Pastor Riem.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Kratzenstein. Vorm. ¾11 Uhr: Kindergottesdienst.

Neuschau. Vorm. 8 Uhr: Pastor Kratzenstein

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Boit. — Vorm. 10.45 Uhr: Kindergottesdienst.

Löffen. Nachm. 1½ Uhr: Pastor Boit.

Montag, abends 8 Uhr: Jugendbund des Neumarktes im Pfarrhause.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.

Evangelische Kirchengemeinde Neu-Rössen.
10 Uhr: Gottesdienst. Pastor Jentzsch
11 Uhr: Kindergotesdienst. Derselbe.

Landeskirchliche Gemeinschaft (Herb. z. Heimat). Mittwoch abends ½8 Uhr: Bibelbesprechstunde.

Christl. Verein Junger Männer (Seffnerstr. 1). Sonntag u. Dienstag 8 Uhr: **Versammlung.**

Katholische Gemeinden.
Sonnabend von 5 Uhr ab Beichte, Sonntag von ½7 Uhr ab Beichte, ½8 Uhr Frühmesse mit Predigt; 10 Uhr: Hochamt mit Predigt: 2 Uhr: Andacht.

Neu-Rössen 8 Uhr Frühmesse mit Predigt; 10 Uhr: Hochamt mit Predigt; 3 Uhr: Andacht.

Naundorf. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt

Stöbnitz. 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt

Kayna. 10 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Täglich frisch gebrannter
Prima Bohnen-Kaffee

Kakao	¼ Pfund von 45 ₰ an bis	**65 ₰**
Schokolade	Tafel von 35 ₰ bis	**55 ₰**
Tee	Paket von 25 ₰ bis	**55 ₰**
Ia. Weizenmehl	Pfund	**16 ₰**

bei **O. Traxdorf,** Neumarkt Nr. 6.

Tüchtig. Vertreter
gesucht für Leime jeder Art. Off. u. J. D. 8830 an **Rudolf Mosse, Berlin S. W. 19.**

Tivoli-Theater Merseburg

Dir.: Siegfried Deutsch-Weimar.

Gastspiel des Berliner Residenz-Ensemble

Montag, den 25. Februar 1924, ½8 Uhr abends: Durch Urteilsspruch des Berliner Kammergerichts freigegeben:

Bismarcks Verboten gewesen!

Verboten gewesen! **Entlassung**

Ein Bühnenspiel in 3 Akten von Dr. Emil Ludwig

Nur einmalige Aufführung!

Preise der Plätze: Mk. 2,—, 1,50, 1,—
Vorverkauf im Tivoli-Theater

Staakes Restauration,

Neumarkt.

Schlachtefest.

Sonnabend abend und Sonntag: ff. Speckkuchen und Engelhardt-Bock.
Für musikalische Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Empfehle:

Prima Mastrindfleisch von 70 Pfg. an
und warme Knoblauchwurst

E. Baumann, Gotthardtstraße.

Drucksachen

jeder Art, fertigt sauber und preiswert an
Merseburger Tageblatt.

Zur Konfirmation

besonders preiswert!

Kleiderstoffe:

in Crepe, Cheviot, Mohair-Serge, Wollbatist, Popeline und Voile, in schwarz und farbig

Meter: Mk. 6.— 4.50 3.40 **2.25**

Konfirmanden-Kleider:

strapazierfähig Stoffe in jugendlicher Verarbeitung

Kleid Mk. 24.— 21.— 19.50 **18.—**

Konfirmanden-Mäntel:

in Covercoat, Tuch- und Donegalstoffen, alle Backfischgrößen

Mantel: Mk. 21.— 19.— 16.50 **14.—**

Täglicher Eingang von
Frühjahrs-Neuheiten

Otto Wirth, Burgstraße 9, Fernspr. 549.

Prima

Querfurter Würstchen

aus der

Querfurter Fleisch- und Wurstwarenfabrik von Paul Meisel, Querfurt

in Dosen zu 4, 8, 12, 24 bis 50 Paaren

auch an Wiederverkäufer!!

Desgleichen empfehle ich meine beliebten

Bockwürste

in Dosen zu 24 und 42 Stück.

Beamten-Wirtschafts-Verein e. G. m. b. H. i. L. Merseburg.

Durch Beschluß der außerordentl. General-Versammlung vom 12. 11. 1923 ist die Genossenschaft **wegen Uebergang in eine Aktien-Gesellschaft** in Liquidation getreten.

Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, etwaige Forderungen bis zum 20. März 1924 anzumelden.

Die Liquidatoren.
Kurt Müller. Max Sachse

Beamten-Wirtschafts-Verein e. G. m. b. H. i. L.

Um Irrtümer zu begegnen, erklären wir: der bisherige **B. W. V. e. G. m. b. H.** wird in erweiterten Umfange als **Aktien-Gesellschaft** fortgeführt. Laut Gen.-Versammlungs Beschluß v. 12. 11. 23. Gesetzesgemäß hat vor der Fortführung als A.-G. die Liquidation der Genossenschaft stattzufinden.

Salz	Pfund	**7 ₰**
Soda	Pfund	**8 ₰**
	Zentnerweise bedeutend billiger	
Schmierseife	Pfund	**60 ₰**
Kernseife	Riegel von	**24 ₰** an

bei **O. Traxdorf.** Neumarkt Nr. 6.

Die kleinste schreibende Additionsmaschine der Welt!

Erstklass. Präzisionsarbeit!
Auch gegen
Teilzahlung
liefert
Generalvertretung
Schreibmaschinenhaus
Grünwald & Co.
G. m. b. H.
Leipzig, Katharinenstr. 9.
Tel. 21 977.
Telegr.-Adr.: Monogrün

Elektr. Licht- und Kraftanlagen

Erweiterungen und Reparaturen zum Anschluß an Elektr.-Werke und Ueberlandzentralen führt preiswert aus

P. Geheb, Oelgrube 15, Tel. 274.

Lager an Elektromotoren, Ia Batterien, Beleuchtungskörper.

---

2 leere Räume, möglichst mit Kochgelegenheit, gegen gute Bezahlung sofort **gesucht.** Angebote unt. 333 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Valencia-Garten.

Aus frischer Zufuhr empfehle:

Ananas, Bananen, Weintrauben Erdnüsse, Hasel-, Wal-, Paranüsse, Krachmandeln, Feigen in Packungen und lose, Datteln, amer. Ringäpfel, Aprikosen, Pflaumen, Birnen, prima kalif. Mischobst,

Frische Ceylonkokosnüsse mit Milch,

Apfelsinen 16 Stück 1.00
„ 12 „ 1.00
„ 12 „ 1.20

Franz Ohlemann,

Burgstraße 10.

Korsett-Haus Emmy Cappes

Obere Breite Straße 8

Billigste Bezugsquelle

von

Korsetts und Damenwäsche aller Art

Wer ins Ausland will liest die Zeitschrift „Der Auswanderer". Probebl. 50 Gldpfg. Voreins. (nur Reichsgeld). **Verlag B. v Osten, Leer-Ostfr.**

Durchschlagblätter

für die Schreibmaschine jedes Quantum, liefert das **Merseburger Tageblatt.**

Wäscheleinen

Rucksäcke. Hängematten pa. Ware u. preiswert empf. f. Wiederverkäuf.

Ernst Knabe, Zwickau/Sa.
Vertreter gesucht.

Wo

findet älterer besser. Herr, auf schnellstem Wege in gut. Hause **freundlich möbliert. Zimmer** gegen zeitgemäße Bezahlung.

Angeb. werden unter **„Wohnungslos"** an d. Exp. d. Bl. erbet.

Sommersprossen!

Ein einfaches, wunderbares Mittel teile gern jedem kostenlos mit.

Frau M. Poloni. Hannover-B Edenstr. 3021

Nationalkassen

(beide Nummern erbeten) kauft **sugler, Berlin,** Schützenstraße 21

Eingetroffen:

Tüllgurken	Stück	**50 ₰**
Heringe	Stück von	**6 ₰** an
Bratheringe	Stück	**25 ₰**
Sardellen	¼ Pfund	**35 ₰**
Rollmöpse	Paar	**15 ₰**

bei **O. Traxdorf,** Neumarkt Nr. 6.

Strickjacken Sportwesten

Jumper, Kimono, Strandjacken,
Trikotblusen in Seide

auch auf **Teilzahlung**

im Wollwarengeschäft

H. Schalk, Oelgrube 13.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240222-14/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 45 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 22. Februar 1924.

Die Umgruppierung in Europa.

Von Hans Joachim von Reuhaus.

Gottes Mühlen mahlen langsam, aber fast ebenso langsam mahlen die Mühlen englischer Außenpolitik. Es geht in der englischen Außenpolitik wie im englischen Verfassungsleben: jahrzehntelang bürgert sich unter Aufrechterhaltung der äußeren Form etwas gänzlich Neues ein, ehe man sich dazu entschließt, auch die äußere Form zu ändern. So wird auch die auswärtige Politik betrieben: äußerlich sehr strenges Festhalten an der Entente mit Frankreich, innerlich vielleicht schon Abkehr von Frankreich oder sogar schon Kampfstellung gegen den ehemaligen Bundesgenossen. Daher für den Außenstehenden so viele Widersprüche, daher anscheinend keine Folgerichtigkeit, sondern Verlassen der seit 350 Jahren ständig eingehaltenen Linie. Zunächst das Eine: England ist zurzeit außerstande der gepanzerten Faust Frankreichs entgegenzutreten. Aber deswegen kann es doch diese Militaristen an der Seine schach und matt setzen. Darin liegt das Große der englischen Politik: sie schlägt nicht mit der Faust auf den Tisch und posaunte dem, der es hören will oder nicht hören will, ins Ohr: Wir haben so und so viele Armeekorps, sondern unmerklich, ohne äußeren Kampf bringt sie ihrem Gegner Niederlagen bei, von denen er sich nicht wieder erholen kann. Das ist jetzt in Europa mehr geboten denn je. Lloyd Georges hat in Versailles die deutsche Armee entwaffnet und zerschlagen (die Franzosen wollten sie beanntlich auf etwa 500 000 Mann beschränken) und damit hat er es unmöglich gemacht, daß Deutschland in absehbarer Zeit als „Festlands-Degen" im englischen Interesse gegen die stärkste kontinentale Macht, also Frankreich, auftreten kann. Wenn es also mit dem „Festlandsdegen" nichts ist, muß Frankreich auf andere Weise unschädlich gemacht werden. Nach bekanntem Muster wird Frankreich eingekreist. Dabei muß diese Einkreisung nicht notwendig zum Kriege führen, im Gegenteil: der Eingekreiste soll sich so verlassen fühlen, daß er garnicht wagt, daß über ihn gewobene Netz mit der Schärfe des Schwertes zu zerhauen.

Frankreich stand von allen Staaten Europas dem bolschewistischen Rußland immer am schroffsten gegenüber. Es suchte sich bald einen Ersatz in einem feindurchdachten Bündnissystem im balkanisierten Ost- und Mitteleuropa, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Diese Staatenvertrustung unter Frankreichs Führung zerriß England, indem es bei den Staaten der Kleinen Entente bezüglich der französischen Rüstungskredite vorstellig wurde und indem es dann zu dem italienisch-jugoslawischen Abkommen kam. Damit war der Ring im Osten gesprengt. Aber damit nicht genug: Eines der wichtigsten Mittel zur Beherrschung Europas in der Hand Frankreichs ist der Völkerbund. Dieses Instrument galt es dem französischen Bundesgenossen aus der brutalen Unteroffizierfaust zu entwinden und es selbst in die Hand zu nehmen. Das Pferd Europa wird wohl unter der weichen (aber nicht etwa weniger energischen) Hand Englands besser gehen als unter der harten Faust des französischen Reiters.

Der Völkerbund ist der Angelpunkt der englischen Politik. Daher die schnelle Anerkennung der Sowjetregierung unter gleichzeitiger Aufforderung in den Völkerbund einzutreten. Die gleiche Aufforderung auch an Deutschland mit der Lockung, es solle völlige Gleichberechtigung in dieser Einrichtung haben. Der Eintritt Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund wird England darin das Uebergewicht sichern. Was bleibt Frankreich noch? England führt Europa in den Völkerbund und gleichzeitig wird seine Bindung mit U. S. Almerika immer enger. Im Mittelmeer steht Frankreich, Italien und Spanien gegenüber, die zu England neigen. Ueber die Gesinnung Deutschlands zu Frankreich braucht man kein Wort zu sagen. Die Faust der französischen Militaristen hat aus dem einst blühenden Lande einen großen Trümmerhaufen gemacht und für Geschlechterfolgen den Haß gegen den Erbfeind großgezogen. Die Kleine Entente, bis vor kurzem treuester Vasall Frankreichs, ist zerschlagen. Die Randstaaten sind gerade dabei, sich ohne Polen (das will heißen: ohne französische Führung) zu organisieren. Auch die nordischen Staaten sind zum mindesten — abgesehen vielleicht von Dänemark — nicht franzosenfreundlich. Und Rußland? Nun in Rußland ist man sich wohl darüber nicht im Zweifel, daß an der Seine die schlimmsten Feinde der Sowjets sitzen. Man wird es in Moskau nicht vergessen, daß Paris der Mittelpunkt ist nicht nur der russischen Monarchisten, sondern auch der Demokraten, die beide darauf lauern, daß eines Tages die Sowjetregierung zusammenbricht. Sowjetrußland kann nicht mit Frankreich eng zusammengehen, zwischen ihnen stehen schon die Vorkriegsschulden, auf deren Rückgabe Paris nicht verzichten will. Es bleiben noch Polen und die Tschechoslowakei als einzige Freunde Frankreichs. Die aber — geteilt in drangvoll fürchterliche Enge — werden kaum wagen, wenn es hart auf hart kommt, das französische Banner hochzuhalten.

Die Anerkennung Rußlands durch England und Italien bedeutet den völligen Zusammenbruch der französischen Politik. Wie Napoleon 1812 an Rußland scheiterte, so sind die kleinen Nachfolger des großen Korsen auch an Rußland gescheitert. So stehen wir mitten in der Umgruppierung der europäischen Mächte, die bereits im Dezember v. Js. eingeleitet wurde und nunmehr in großen Zügen als abgeschlossen angesehen werden kann. Pleußerlich besteht die Entente fort und England läßt keine Gelegenheit vorübergehen, dies zu betonen, aber innerlich ist die Vorherrschaft Frankreichs in Europa, die an dem Tage von Versailles ihren Anfang nahm, zu Ende. Heute ist Frankreich isoliert und ebenso eingefesselt wie Deutschland 1914. Unter diesen Umständen, die man in Paris wohl sicher kennt, wird Frankreich nicht mehr so ganz abgeneigt sein, mit Deutschland einen Modus der Verständigung zu finden.

Voraussetzung dafür ist, daß die deutsche Regierung Frankreich nicht wieder unnötige Konzessionen macht und so ihre Stellung, die an Festigung durch die neue Umschichtung in Europa entschieden gewonnen hat, nicht ohne zwingenden Grund notwendigerweise selbst schwächt.

Daß der „Vorwärts" für diese Stellungnahme des Generals von Seeckt kein Verständnis zeigt, war zu erwarten; ihm und seinen Leuten geht die Agitation über alles. Er kann sich aber damit trösten, daß ja die Aufhebung des Ausnahmezustandes nahe bevorsteht.

Forderungen für die künftige Wirtschaftspolitik.

Berlin, 21. Februar. Der am 19. Februar 1924 im Reichsklub der Deutschen Volkspartei tagende aus allen Kreisen des Reiches stark besuchte Reichsausschuß für Landwirtschaft der Deutschen Volkspartei erhebt nach eingehender Aussprache über die derzeitige Wirtschaftslage, insbesondere die Agrarkrise, folgende Forderungen für die künftige Wirtschaftspolitik: Die deutsche Landwirtschaft befindet sich infolge übermäßiger steuerlicher Belastung sowie unzureichenden Preise für ihre Erzeugnisse bei gleichzeitiger den Einnahmen nicht entsprechenden Preisen für ihre Produktionsmittel verbunden mit einer außerordentlich schweren Kreditnot, in einer auch für die allgemeine Volkswohlfahrt gefährlichen Produktionskrise. Die wirtschaftspolitischen Kardinalforderungen gipfeln in folgenden vier Punkten:

1. Es ist Aufgabe der Reichsregierung, eine Steuerpolitik zu betreiben, die im Gegensatz zur bisherigen den Landwirt auf seiner Scholle erhält und die Erzeugung nicht gefährdet. Nur durch gegenseitige Anpassung der Finanzpolitik des Reiches und der Länder erscheint es möglich, eine gleichmäßige und tragbare Belastung herbeizuführen. Rückkehr zu den bewährten früheren Grundsätzen der Dezentralisation sowie der individuellen Veranlagung und Belastung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Vermögens- und Einkommensverhältnisse unter gleichzeitiger weitgehender Mitwirkung der Berufsvertretungen ist geboten.

2. Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und damit die Sicherung der Volksernährung ist nur bei ausreichenden Preisen gewährleistet. Der Grundsatz des Schutzes der nationalen Arbeit, der anderen Gewerben gegenüber gilt, muß auch für die Landwirtschaft wieder zur Geltung kommen.

3. Die durch die schwierige Lage der Landwirtschaft herbeigeführte Kreditnot bedarf dringend und schleunigst der Abhilfe, insbesondere durch Zuführung langfristigen, umfangreichen Kredits. Der der Landwirtschaft zustehende Rentenbankkredit muß sofort und in voller Höhe flüssig gemacht und zu erträglichen Bedingungen bereitgestellt werden. Die gegenwärtige Haltung der Reichsbankleitung hinsichtlich der Zinsbedingungen für die Landwirtschaft ist zu verwerfen. Eine ausreichende Zuführung von Hypothekalkredit erscheint nur möglich, wenn die Gewähr besteht, daß die Landwirtschaft von weiteren Vorbelastungen befreit bleibt, zumal auch nur unter dieser Voraussetzung die Möglichkeit der Heranziehung von ausländischem Kapital gegeben erscheint.

4. Die Gestaltung der Eisenbahntarife für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bedarfsstoffe ist von größter Bedeutung und daher im Sinne einer großzügigen, die Nahrungsmittelerzeugung fördernden Regelung zu betreiben.

*

Die Arbeit der Sachverständigen.

Der Bericht über den deutschen Etat fertiggestellt. — Heute Anschneidung der Monopolfragen.

Paris, 21. Februar. Das Komitee Mac Kenna hat in seiner Sitzung gestern vormittag neue ziffernmäßige Angaben der technischen Mitarbeiter über den Umfang der deutschen Auslandsguthaben entgegengenommen. Das Komitee dürfte sich heute von neuem versammeln und den ersten Teil seines Berichtes bereits Ende dieser Woche abschließen. Der Währungsausschuß des ersten Komitees ist gestern nicht zusammengetreten. Seine Mitglieder haben zurzeit den Entwurf der Satzungen der neuen Goldnotenbank in Händen. Der mit der Prüfung des deutschen Staatshaushalts beauftragte Unterausschuß hat seinen Bericht gestern nachmittag abgeschlossen und wird ihn, wie man erfährt, morgen dem Komitee Dawes unterbreiten. Dieser Bericht bezieht sich auf den deutschen Staatshaushalt 1924/25. Der Unterausschuß beabsichtigt jedoch, unverzüglich mit dem Studium des deutschen Budgets für die folgenden Jahre zu beginnen und seine Schlußfolgerungen in einem besonderen Bericht abzufassen. Das Komitee wird sich heute mit der Frage der deutschen Monopole auseinandersetzen und einen ersten, von italienischen und französischen Sachverständigen verfaßten Bericht entgegennehmen.

Im Qua d'Orsch äußert man sich nach wie vor zu den Meldungen der gestrigen Morgenblätter, wonach die Pariser Regierung mit dem Vorschlag der Sachverständigen auf wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebiets einverstanden sei, sehr zurückhaltend und bezeichnet diese Meldung als verfrüht. In eingeweihten Kreisen versichert man, daß die französische Regierung ursprünglich von einem wirtschaftlichen Abbau der Ruhrkruppation nichts wissen wollte, sich aber angesichts der neuen Ereignisse auf dem Devisenmarkte eines Besseren besonnen habe.

Der „Temps" tritt gestern in seinem Leitartikel lebhaft für die internationale Lösung des Reparationsproblems ein. Das Blatt verspricht sich davon eine günstige Rückwirkung auf das Sicherungsproblem, denn eine internationale Lösung, so meint der „Temps", mache es Deutschland unmöglich, seine Zuflucht zu den Waffen zu nehmen. Ein Mitarbeiter des Blattes behauptet, daß die Sachverständigen zu folgenden Beschlüssen gekommen seien:

1. Gründung der Goldnotenbank unter den bekannten Bedingungen;

2. einmütige Auffassung von den Maßnahmen, die zur Ausgleichung des deutschen Staatshaushalts ergriffen werden müssen;

3. Schaffung eines besonderen Budgets zur Zahlung der Reparationen. Zu Anfang des Moratoriums würde ein Betrag aus diesem Budget dem Reiche zur Ausgleichung zur Verfügung gestellt werden.

4. Die Sachverständigen sind der Ansicht, daß während der Dauer des Moratoriums Deutschland die Sachlieferungen für die Reparationen fortsetzen kann.

5. Auf die Reichseisenbahnen soll eine internationale Anleihe in Höhe von zehn Milliarden Goldmark aufgenommen werden. Dieser Betrag würde dazu verwendet einerseits den Zustand der deutschen Finanzen zu verbessern und andererseits sofortige Zahlungen an Frankreich und Belgien zu leisten.

Die Sachverständigen hätten sich schließlich das Wort gegeben, die franco-belgische Okkupation an der Ruhr, soweit sie militärischen Charakter hat, unerwähnt zu lassen, doch treten sie für den Abbau der wirtschaftlichen Okkupation ein.

In der französischen Presse geht im übrigen das Rätselraten über die Schlußfolgerungen der beiden Komitees weiter, innerhalb dürften die vorhergehenden Angaben des „Temps" als glaubwürdig erscheinen.

Deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen die Regierung.

Wie wir bereits meldeten, hat die deutschnationale Landtagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Nach der durch die amtliche Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei bekanntgegebenen Erklärung wird die Regierung Heldt nichts tun, um die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Sachsen für den 1. März zu verhindern. Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen, die sächsische Regierung habe nicht das Vertrauen des Landtages."

Dazu verlautet weiter:

Der Mißtrauensantrag soll nach Ansicht der Deutschnationalen noch in der Donnerstagsitzung des Sächsischen Landtages zur Beratung kommen. Die sächsische Verfassung und die Geschäftsordnung des Landtages bestimmen ausdrücklich, daß ein gegen die Regierung gerichteter Mißtrauensantrag auf die nächste Tagesordnung zu setzen ist. Da die Tagesordnung für den Donnerstag bereits vor Einreichung des deutschnationalen Antrages feststand, gilt nach Auffassung der maßgebenden Parlamentskreise als nächste Tagesordnung erst die für die Sitzung am Donnerstag, den 28. Februar. Der Antrag wird aber zum mindesten in der Donnerstagssitzung eine eingehende und erregte Geschäftsordnungsdebatte hervorrufen.

Die Koalitionsregierung wird hier die Feuerprobe zu bestehen haben, da sich die drei bürgerlichen Minister, ebenso wie die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, für die Beibehaltung des Ausnahmezustandes über den 1. März hinaus aussprechen werden. Die vier sozialdemokratischen Minister würden aber bei einer unbedingten Zustimmung zur Beibehaltung des Ausnahmezustandes in eine schwierige Lage gegenüber ihren Genossen, besonders auf dem linken Flügel, kommen. Die Hinausschiebung der Entscheidung um acht Tage, bedeutet für das Koalitionskabinett allerdings einen reichlichen Zeitgewinn, den es hoffentlich dazu ausnutzen wird, um von Reichs wegen eine Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Sachsen herbeizuführen, so daß dann die Meinung der sächsischen Regierung in den Beratungen des Landtages nur eine sekundäre Rolle spielen würde. Das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen wird damit erledigt sein, um so mehr, als die ganze Form des Antrages eine Zustimmung der Kommunisten und Linkssozialdemokraten nicht möglich erscheinen läßt.

Anfragen der Kommunisten.

Die Kommunisten verweisen in einer im Landtag eingebrachten Anfrage darauf, daß in neuester Zeit in verschiedenen Orten wieder eine ganze Reihe von Verhaftungen kommunistischer Gemeindeverordneter usw. stattgefunden habe. Unter anderem wird auch die Verhaftung der kommunistischen Gemeindevertreter in Wurzen erwähnt. Die „Dresdner Volkszeitung" schreibt dazu: Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit dem Vorgehen der Reichswehr gemacht haben, muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß viele oder auch die meisten Verhaftungen wirklich unberechtigt sind. In dem Wurzener Falle aber haben die Verhafteten offen den bewaffneten Aufstand gepredigt. Es ist in der Tat leider so, daß die Kommunisten sich heute redliche Mühe geben, den Verteidigern des Ausnahmezustandes ihr Geschäft zu erleichtern. Selbstverständlich sind wir der Meinung, daß die kommunistischen Dummheiten keinen Grund für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes sind. Wir teilen vollständig den Standpunkt der sächsischen Regierung (gemeint sind die vier sozialdemokratischen Minister, die Red.), die mit Recht der Meinung ist, daß sie mit etwaigen Unruhen mit Hilfe der Polizei fertig werden kann, auch wenn der Belagerungszustand nicht mehr existiert."

Gegen eine Internationalisierung der Reichsbahn.

Der ständige Ausschuß der Reichseisenbahnrates trat vor einigen Tagen zur Beratung von Tariffragen zusammen. Reichsverkehrsminister Oeser gab zuerst eine ausführliche Darlegung über die äußere und innere Lage der Reichsbahn. Nach einem Ueberblick über die Entwicklung in den vergangenen Jahren und die Auswirkung der Rhein- und Ruhraktion behandelte er die eingeleitete Umstellung durch die Bildung des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn", die noch zu lösenden Aufgaben und die Bedeutung der allgemeinen Lage Deutschlands für die Reichsbahn und die von ihr betreute deutsche Wirtschaft. Zu den in der letzten Zeit mehrfach aufgetauchten Nachrichten über die Internationalisierung der Reichseisenbahn wurde folgender Antrag des Geheimen Kommerzienrats Arnhold einstimmig angenommen: Der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrates erblickt in einer „Internationalisierung" der Reichseisenbahn der praktischen Auswirkung nach eine Gefährdung der Tarifhoheit des Reiches und damit eine Schwächung der Reichsbahn als Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft. Er spricht die Erwartung aus, daß die Reichsregierung die Gefahr einer Auslieferung der Reichsbahn an fremden Einfluß mit allem Nachdruck abwehren wird.

General v. Seeckt über die Flugblattpropaganda.

Auf wiederholte sozialdemokratische Beschwerde über das Verbot eines für Kiel bestimmten Flugblattes durch den Stettiner Wehrkreiskommandeur v. Tschischwitz hat General v. Seeckt als Chef der Heeresleitung folgendes erwidert:

„Auf die Schreiben hin, die Sie am 19. 1., 1. 2. an den Herrn Reichswehrminister gerichtet haben, habe ich die Stellungnahme des Wehrkreiskommandos 2 und der beteiligten Zivilbehörden zu Ihrem Flugblatt eingehend geprüft. Ich kann daraufhin die Entscheidung des Wehrkreiskommandos nur billigen. Es liegt nicht im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung, daß dem politischen Kampf durch eine rege Flugblattpropaganda dauernd neue Nahrung zugeführt wird. Wenn Wahlen ausgeschrieben sind, wird natürlich hieran ein anderer Maßstab angelegt und die Flugblattpropaganda in sehr viel weiterem Maße zugelassen; ich darf aber darauf hinweisen, daß es gerade Ihre Partei war, die an einer besonders weitherzigen Auffassung einer militärischen Stelle bei der Genehmigung von Flugblättern im Wahlkampf Anstoß genommen hat. Außerhalb des Wahlkampfes ist eine politische Flugblattpropaganda nur dann notwendig und berechtigt, wenn besondere Ereignisse eingetreten sind. Dies liegt bei Ihrem Flugblatt nicht vor. Es ist selbstverständlich, daß nach diesem Maßstab die Flugblätter aller politischen Richtungen behandelt werden."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240222-14/fragment/page=0005

Englischer Zweifel.

London, 21. Februar. „Daily Telegraph" meldet, daß am Sonnabend in London eine vertrauliche Besprechung des Schatzkanzlers und der englischen Reparationssachverständigen mit Sir John Bradbury über den Gang der Arbeiten der Sachverständigenausschüsse stattgefunden hat. In dieser Besprechung, die keineswegs zu einem optimistischen Ergebnis gelangt sei, habe man vor allem diejenigen Punkte besprochen, die in den bisherigen Verhandlungen der Sachverständigen zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß gegeben hatten. Die englischen Mitglieder sollen zu dem Ergebnis gelangt sein, daß eine so starke Anspannung des englischen Geldmarktes für deutsche Anleihen, wie sie von französischer Seite anscheinend vorgesehen sei, nicht genehmigt werden könne, da es sich nicht um Anleihen handle, deren Erträgnis zum Ankauf englischer Waren bestimmt sei.

*

Die Bilanz der Ruhroperation 1923.

Paris, 20. Februar. Wie der „Temps" aus Brüssel erfährt, beabsichtigt die belgische Regierung im Einverständnis mit dem französischen Kabinett demnächst die Bilanz der Ruhroperation für das Jahr 1923 zu veröffentlichen. Nach dem Brüsseler Berichterstatter des Blattes sei vom 11. Januar bis zum 31. Dezember vorigen Jahres eine Einnahme von 1640 belgischen Frank erzielt worden. Von diesem Betrage müsse man jedoch 240 Millionen belgische Frank an Besatzungskosten an der Ruhr und an dem rechten Rheinufer in Abzug bringen. (Die Ausgaben für die belgischen Truppen belaufen sich auf 25 Millionen belgische Frank, der Franzosen auf 205 Millionen). Außerdem sind noch 643 Millionen belgische Frank für Besatzungskosten Frankreichs und Belgiens im Rheinlande abzuziehen. Mithin verbleiben, umgerechnet, ungefähr 110 Millionen Goldmark, die an die einzelnen Mächte zur Verteilung gelangen werden. Vom 16. Dezember 1923 bis zum 15. Februar 1924 sind nach Belgien Kohlen und Koks aus dem Ruhrgebiet im Betrage von 135 Millionen Frank geliefert worden. Man sieht dies als ein günstiges Anzeichen für den Ertrag der Ruhroperation während des Jahres 1924 an.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Monat Januar 1924.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau betrug im Monat Januar die Rohkohlenförderung 7 646 698 Tonnen (Vormonat 6 595 883 Tonnen), die Brikettherstellung 1 710 452 Tonnen (Vormonat 1 366 747 Tonnen), die Kokserzeugung 37 285 Tonnen (Vormonat 35 371 Tonnen). Die Steigerung der Rohkohlenförderung belief sich demnach auf 15,9 Prozent, die der Brikettherstellung auf 25,2 Prozent und der Kokserzeugung auf 5,4 Prozent. Der Januar hatte 26 und der Dezember 24 Arbeitstage. Die arbeitstägliche Produktion belief sich demnach im Januar für Rohkohle auf 294 104 Tonnen (Vormonat 274 828 Tonnen), für Briketts auf 65 787 Tonnen (Vormonat 50 948 Tonnen), für Koks auf 1434 Tonnen (Vormonat 1474 Tonnen). Die arbeitstägliche Produktion erfuhr deshalb für Rohkohle eine Steigerung von 7,0 Prozent und für Briketts auf 15,5 Prozent, für Koks zeigte sie einen Rückgang von 2,7 Prozent.

Im Januar des Vorjahres betrug die Rohkohlenförderung 8 789 438 Tonnen, die Brikettherstellung 1 943 161 Tonnen und die Kokserzeugung 37 185 Tonnen. Der Berichtsmonat zeigt demnach gegenüber dem Monat Januar 1923 in der Rohkohlenförderung einen Rückgang von 12,8 Prozent, in der Brikettherstellung von 12,0 Prozent und in der Kokserzeugung eine Zunahme von 0,3 Prozent. Da beide Monate eine gleich große Zahl von Arbeitstagen hatten, beziehen sich die genannten Prozentzahlen auch auf die arbeitstägliche Produktion.

Mit dem 1. Januar trat eine Ermäßigung der Verkaufspreise ein, die eine Belebung des Absatzes für Rohkohle und Briketts bewirkte. Der Rohkohlenabsatz wäre indessen noch besser gewesen, wenn nicht die Behörden durch vorzeitige Ankündigungen von Preis- und Frachtermäßigungen eine Zurückhaltung der Verbraucher künstlich herbeigeführt hätten. Die Absatzverhältnisse in Briketts haben sich im Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat wesentlich gebessert. Dies war auf die kalte Witterung einerseits und auf die langsam erkennbare Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse anderseits zurückzuführen. Stellenweise konnte zur Verladung der Stapel geschritten werden. Der Grudekoksabsatz war schwach, sodaß sich die Bestände noch weiter verstärkten. Der Absatz von Naßpreßsteinen ruhte vollkommen.

Die Wagengestellung war gut.

Nachdem am 22. Dezember über die verlängerte Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ein Schiedsspruch gefällt worden war, erfolgte im Berichtsmonat auf Grund des Schiedsspruches eine restlose Umstellung des Bergbaues vom dreischichtigen auf den zweischichtigen Betrieb. Abgesehen von kleinen örtlichen Streiks und Aussperrungen, die sich im Zusammenhang mit der Umstellung entwickelten, konnte die Wiedereinführung der Friedensarbeit ohne jene größere Störungen durchgeführt werden. Der Schichtlohn, einschließlich der Teuerungszulagen, wurde im Verhältnis zur Mehrarbeit, d. h. um 25 Prozent, erhöht. Die Löhnung konnte wieder wöchentlich vorgenommen werden ohne Zwischenzahlung.

Die Stimmung in der Arbeiterschaft war durchweg ruhig. Das Angebot an Arbeitskräften war bedeutend.

Aus Provinz und Reich.

Eisleben, 21. Februar. (Erderschütterung.) Am Montagmorgen gegen 2 Uhr wurde in der Gegend von der Glockenstraße bis zum Volkshause, sowie in der Klosterstraße und Bahnhofstraße ein außerordentlich starker Erdstoß verspürt. Ueber die Ursachen dieser Erscheinung ist nichts näheres bekannt.

Gera, 21. Februar. (Räuberischer Ueberfall.) Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich der Holzarbeiter Kurt Hirt von hier wegen Raubmordverbrechens zu verantworten. Der Angeklagte hatte vor einigen Wochen die Geschäftsinhaberin Krause in der Lutherstraße hier überfallen und ihr solange mit einem scharfen Instruments über den Kopf geschlagen, bis sie bewußtlos zusammenbrach, um das Geld und Zigaretten zu stehlen. Nach der Tat war er flüchtig geworden, hatte sich dann aber, als er bei der damals herrschenden Kälte die Glieder erfroren, selbst der Polizei gestellt. Er bestritt bei der Verhandlung, die Absicht gehabt zu haben, die Frau zu töten. Der Gegenbeweis konnte auch nicht erbracht werden, so daß die Anklage auf Mord fallen gelassen und der Angeklagte nur wegen schweren Raubes verurteilt werden konnte. Er wurde mit 2½ Jahren Zuchthaus bestraft.

Schleudig, 21. Februar. (Einheitsliste Ordnungsblock.) Eine Versammlung hiesiger Wirtschaftsgruppen nahm Stellung zu den kommenden Wahlen. Die Aussprache zeitigte das Ergebnis für die Wahlen eine gemeinsame Liste aufzustellen unter dem Namen Ordnungsblock.

Saalfeld, 21. Februar. (Liebestragödie.) Der 27jährige Maurer Bachmann tötete die 21 Jahre alte Irma Kroh, mit der er ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, auf der Straße, weil das Mädchen nichts mehr von ihm wissen wollte. Dann brachte er sich mit der Waffe selbst eine tödliche Verletzung bei.

Herford, 21. Februar. (Im Elternhause tödlich verunglückt.) Der 27jährige Heinrich Fleischmann kehrte von einem Besuche heim, glitt auf der Treppe im Elternhause aus und stürzte so unglücklich, daß er an einer Gehirnerschütterung in wenigen Minuten starb.

Kranichfeld, 21. Februar. (Kohlenfund.) Beim Tongraben sind Arbeiter in einer Tiefe von 400 Metern auf Kohle gestoßen. Näheres hierüber kann erst mitgeteilt werden, wenn die genauen Untersuchungen beendet sind.

Berlin, 21. Februar. (Der gefilmte Hoteleinbrecher.) In Wien gelang es soeben, das Haupt einer internationalen Hoteleinbrecherbande festzunehmen. Der Verhaftete, ein angeblicher Ingenieur Richard Sohter, hatte mit seinen Gehilfen in fast allen europäischen Städten, so auch in Berlin, „gearbeitet". Sein Hauptbetätigungsfeld war der Hoteldiebstahl, wobei er es aber auch nicht verschmähte, auf Scheckschwindel auszugehen. Auf das Konto dieser Bande geht auch der sensationelle Juwelenraub in einem Hotel auf dem Semmering. Durch einen Zufall gelang es, den Bande auf die Spur zu kommen. Die Verbrecher statteten einem Filmateliér bei Wien einen Besuch ab, wobei sie der Versuchung, sich auch einmal gefilmt zu sehen, nicht widerstehen konnten. Durch die Veröffentlichung der Filmbilder waren die Hotels und die zuständigen Polizeistellen vor dieser gefährlichen Bande gewarnt worden. Daraufhin warf sich die Gesellschaft auf den Scheckschwindel. Sie nahm sich dazu die schweizerische Kreditanstalt in Zürich aufs Korn, deren Schecks bei einem Diebstahl dem rechtmäßigen Besitzer in einem Hotel gestohlen worden waren. Die Verbrecher hatten auch hier ihr Opfer lange Zeit beobachtet und den Augenblick der Abreise zum Diebstahl benutzt. Um ganz sicher zu gehen, hatten sie ziemlich lange mit der Verwertung der Scheckformulare gewartet. Diese Vorsicht sollte ihnen aber wider Erwarten zum Verderben werden. Denn inzwischen waren die Schecks gesperrt worden. Als sie nun bei der Bank vorsprachen, wurde der Mann, der sie präsentierte, Sohter, verhaftet. Da man in dem einen verhafteten Mitgliede zugleich den Führer der Bande hat und ferner ihr genaues Signalement kennt und im Besitz der verräterischen Filme ist, besteht Aussicht, daß die ganze Bande bald hinter Schloß und Riegel gebracht werden kann.

Hamburg, 21. Februar. (Der Konflikt auf den Hamburger Werften.) Die auf den hiesigen Schiffswerften beschäftigten Arbeiter hatten bekanntlich eine Lohnerhöhung von 45 auf 60 Pfennig je Stunde verlangt. Diese Forderung wurde, wie wir schon berichteten, von den Arbeitgebern als unannehmbar abgelehnt. Auf Veranlassung des Schlichtungsausschusses erklärten sich die Arbeitgeber zu nochmaligen Verhandlungen bereit, verlangten jedoch eine Verlängerung der Arbeitszeit bei einer etwaigen Lohnerhöhung. Diese Forderung wurde von den Arbeitern zurückgewiesen und in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung die sofortige Arbeitsniederlegung beschlossen.

Köln, 21. Februar. (Die erste Kölner Messe.) Der Verwaltungsausschuß der Kölner Messe hat in einer unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters abgehaltenen Sitzung beschlossen, die erste Kölner Messe nun doch in diesem Frühjahre, und zwar in der Woche vom 11. bis 17. Mai 1924 zu veranstalten. Maßgebend für den Beschluß waren die in jüngster Zeit wesentlich gebesserten Verkehrsverhältnisse im besetzten Gebiet und das Ergebnis einer Rundfrage bei den Ausstellern der Kölner Messe, die sich zu neun Zehnteln für die Abhaltung der Kölner Messe in diesem Frühjahre ausgesprochen hatten.

*

Die Tragödie einer Berliner Familie

Totenschau in Ludwigstadt.

Ludwigstadt, 20. Februar. Die Leichen der bei dem Eisenbahnunglück auf der Ludwigstadter Brücke getöteten Leute sind jetzt als der Diplomkaufmann Rudolf Zimmer aus Berlin und der Lokomotivführer Moser aus Saalfeld festgestellt worden. Der schwerverletzte Heizer Riedel aus Saalfeld konnte bereits in seine Heimat transportiert werden.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat das Eisenbahnunglück auch eine furchtbare Familientragödie heraufbeschworen. Durch den Tod des Kaufmanns Zimmer ist der Untergang einer alteingesessenen Berliner Familie besiegelt worden. Das Schicksal hat hier einmal eine selten grausame Sprache gesprochen. Bei dem Lawinenunglück in den Zeppelar Alpen war, wie berichtet, vor einigen Tagen das Berliner Ehepaar Wegener tödlich verunglückt. Während die Leiche des Mannes noch heute gesucht wird, wurde Frau Wegener schon am nächsten Tage tot aufgefunden. Auf diese traurige Nachricht begab sich nun der Bruder der verunglückten Frau Wegener, der Kaufmann Zimmer, in das Oetzthal, um von dort die Leiche seiner Schwester nach Berlin zu holen. Auf der Rückfahrt hielt er in dem Unglückszuge an dem Sarge der Schwester Totenwache, stürzte dann von der Ludwigstadter Brücke mit in die Tiefe und fand den Tod. Als Bekannte in Berlin das Eintreffen der geborgenen Leiche der Frau Wegener vergeblich erwarteten, erfuhren sie erst jetzt die furchtbare Tatsache, daß auch der Bruder der Toten bei dem Eisenbahnunglück bei Ludwigstadt ums Leben gekommen ist. Wegener konnte deshalb zunächst schwer rekognosziert werden, weil er zusammen mit der Leiche seiner Schwester fast völlig verbrannt ist. Die alte Frau Zimmer, die nun in wenigen Tagen ihre letzten Angehörigen, den einzigen Sohn, die einzige Tochter und den Schwiegersohn verloren hat, ist völlig zusammengebrochen. Besonders tragisch wird das Unglück dieser alten Dame noch dadurch, daß diese völlig blind ohne weitere Angehörige nun allein im Tempelhof lebt.

Schießaffäre in Stolp.

Tollwut oder geistige Umnachtung?

Am vorigen Sonnabend erschoß in den Parkanlagen von Stolp der Polizeiwachtmeister Spiering seine Kameraden und dann sich selbst. Angeblich soll Spiering in einem Tollwutanfall gehandelt haben, da er im November 1923 von einem tollwutverdächtigen Hund gebissen worden ist.

Dieser Verdacht hat sich aber noch nicht bestätigt. Das Gehirn des Verstorbenen wurde gestern in der Wutschutz-Abteilung des Instituts für Infektionskrankheiten in Berlin mikroskopisch untersucht. Das Ergebnis ist zunächst negativ. Jedoch ist ein abschließendes Urteil erst in 18 Tagen zu erwarten. Es sind nämlich, um ein sicheres Resultat zu erhalten, Versuchstiere, Ratten und Kaninchen, mit Gehirnteilen geimpft worden. Die Reaktion darauf ist in etwa 16 bis 17 Tagen zu erwarten. Sofern die Tiere in dieser Zeit keine Zeichen von Wutkrankheit an den Tag legen, ist anzunehmen, daß der Unglückliche seine Tat in einem Anfall von geistiger Umnachtung verübt hat. Sp. ist seinerzeit in der Wutschutzabteilung mehrere Wochen hindurch behandelt und beobachtet worden. Es zeigten sich aber keinerlei Symptome von Tollwut. Auch im Tierkadaver wurden keine Tollwutbazillen nachgewiesen.

Schnelle Justiz.

Ertappt — verhört — angeklagt — verurteilt.

Eine wesentliche Entlastung der Gerichte wird in Berlin jetzt dadurch bewirkt, daß Beschuldigte, die auf frischer Tat ergriffen worden sind, in einem vereinfachten Verfahren sofort dem Strafrichter vorgeführt werden. Es ist dies ein Verfahren, das von alters her in England mit großem Erfolge angewandt wird wo der Einzelrichter einfache Fälle sofort aburteilt.

Da infolge der Abbauverordnung gegenwärtig die Schöffengerichte ohne Schöffen ihre Geschäfte erledigen, werden jetzt im Berliner Polizeipräsidium Verhaftete, die in flagranti ertappt worden sind, zunächst dem Polizeikommissar vorgeführt, der sie vernimmt. Sobald der Angeklagte geständig ist und das Protokoll unterzeichnet hat, wird er sofort in ein Nebenzimmer vor den Amtsrichter geführt, der mit einem Protokollführer Sitzung hält. Der Amtsanwalt erhebt auf Grund des polizeilichen Protokolls und nach Anhörung etwa vorhandener Tatzeugen sofort die Anklage und der Amtsrichter fällt das Urteil. Auf diese Weise werden selbst schwerere Fälle von Taschen- und Ladendiebstählen und sogar Einbrüche in wenigen Stunden ohne den großen Apparat der Instanzen in Bewegung zu setzen, erledigt. In Moabit selbst ist man gemäß einer Verordnung des Justizministers daran, alle schwebenden Strafsachen bis zum 31. März aufzuarbeiten. Zu diesem Zweck sind mehrere „Nachhilfestrafkammern" gebildet worden.

Die Ulmer Kaiserpfalz eingeäschert.

Ein Todesopfer, zehn Verletzte.

Ulm, 21. Februar. Durch Großfeuer wurde heute früh der in der Nähe des Münsters, auf der Stelle, an der sich einst die alte Kaiserpfalz befand, Ende des 16. Jahrhunderts errichtete „Neue Bau", eine Sehenswürdigkeit der Stadt Ulm, eingeäschert. Der Brand brach im Ostflügel aus und verbreitete sich außerordentlich rasch, so daß das ganze Gebäude bis auf die Umfassungsmauern ein Raub der Flammen wurde. Bei den Löscharbeiten erlitten zehn Feuerwehrleute schwere Verletzungen. Oberbaurat Heß aus Stuttgart, der in amtlicher Eigenschaft den Brand besichtigte, wurde durch eine einfallende Mauer erschlagen.

Ulm, 21. Februar. Durch ein Großfeuer wurde heute früh der „Neue Bau", eine aus dem 16. Jahrhundert stammende Sehenswürdigkeit Ulms, wo das Hauptzollamt untergebracht war, in Asche gelegt. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Erst nach drei Stunden konnte das Feuer eingedämmt werden. Gegen Mittag war die Feuerwehr noch mit Löscharbeiten beschäftigt. Zu den Aufräumungsarbeiten wurde auch die Reichswehr herangezogen.

Die Kunde von der Zerstörung der alten Kaiserpfalz in Ulm berührt die Freunde altertümlicher Städte-Architektur und der Schloßbauten der ersten deutschen Kaiser besonders schmerzlich. Der abgebrannte „Neue Bau" war ein Teil der Ulmer Pfalz, die Karl der Große angelegt hatte. Sie bestand aus dem alten Königshof, in der Hof und Gericht gehalten wurde, und dem „Neuen Bau", der mehr als Feste diente und von dicken Mauern umgeben war. Der Neubau, der früher auch Bastille von Ulm genannt wurde, ist 1610 gründlich erneuert und bildete mit seinen schönen Renaissance-Formen eine hervorragende Sehenswürdigkeit von Ulm. In letzter Zeit war in dieser ehemaligen Zitadelle dem Hornwerk der Festung Ulm, das Hauptzollamt untergebracht.

Verzweiflungstat einer Kriegerwitwe.

Dresden, 21. Februar. Eine schreckliche Familientragödie hat sich in Zittau zugetragen. Dort schnitt die Frau des im Kriege vermißten Arbeiters Kouzky ihrem 20jährigen Sohn, dem Schuhmacher Karl Kouzky, nachts die Kehle durch. Ihren zweiten Sohn, den sechzehnjährigen Webschüler Franz K., versuchte sie mit einem Beile zu erschlagen, doch wachte dieser infolge eines Geräusches auf und konnte den Schlag noch abwehren, so daß er nur verwundet wurde. Die Mutter wollte ihm dann mit einem vorher scharf gewetzten Tischmesser die Kehle durchschneiden, aber der Sohn konnte sich losreißen und in die Küche flüchten, deren Tür er schnell hinter sich abriegelte. Von dort flüchtete er zu Hausbewohnern, die die Polizei benachrichtigten. Als diese eintraf, fand sie die Frau K. mit einem Schnitt im Halse röchelnd am Boden liegen. Sie hatte sich die Kehle durchzuschneiden versucht, aber die Schlagader nicht getroffen. Neben ihr lagen Messer und Beil in einer großen Blutlache. Die Mutter und der jüngere Sohn wurden ins Krankenhaus geschafft, der älteste Sohn war beim Eintreffen der Polizei bereits tot. Man nimmt an, daß die Frau in einem Wahnsinnsanfall gehandelt hat. Sie war seit dem Ausbleiben von Nachrichten ihres Mannes allmählich immer mehr in Verzweiflung geraten.

*

Albanesische Blutrache.

Die Folgen einer Eifersuchtsszene.

Unter der Anklage des versuchten Mordes wurde der 31jährige Student Mohammed Djemal-Beh in Berlin der Strafkammer vorgeführt. Der Angeklagte stammt aus Barana und ist türkischer Staatsangehöriger. Er lebt seit 1916 in Berlin, Nachdem er auf der Universität in Stambul das Literatureramen gemacht hatte, setzte er in Berlin sein Studium fort und betrieb seit 1920 auch das Studium der Medizin.

Mohammed Djemal hatte im Sommer 1921 eine Witwe M., die Tochter eines höheren Ministerialbeamten kennengelernt. Die Beziehungen entwickelten sich bald zu einem Liebesverhältnis, und beide machten wiederholt gemeinsame Reisen. Nachdem es wiederholt zu Eifersuchtsszenen gekommen war, erhielt er von seiner Freundin einen Absagebrief. Er wollte sich jedoch nicht abweisen lassen und versuchte eine Aussprache. Bei einer Begegnung auf dem Potsdamer Bahnhof am 13. November ging seine frühere Geliebte an ihm vorbei, ohne ihn zu beachten. Er muß ihr aber gefolgt sein, denn kurz vor ihrer Wohnung in Friedenau stürzte er plötzlich auf Frau M. zu und versetzte ihr mit einem langen Messer einen heftigen Stich, der durch Pelzkragen und Kleidung ging und eine fünf Zentimeter tiefe Wunde im Oberarm verursachte. Mohammed Djemal wurde darauf in Haft genommen und wegen versuchten Mordes angeklagt. Zu seiner Verteidigung berief er sich darauf, daß er nach albanesischem Recht gehandelt habe. Er habe sich moralisch verheiratet gefühlt. Da seine Braut ihn keines Blickes gewürdigt habe und seinen Gruß nicht erwidert hätte, sei ihm eine Schmach angetan worden, die nur durch einen Tropfen Blut getilgt werden könne.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife
die beste Kinderseife
Certan
Erhält. i. Apotheken, Drogerien usw.